

Wirtschaftsstrafrecht

Handbuch für die Unternehmens- und Anwaltspraxis

von

Prof. Dr. Carsten Momsen, Dr. Thomas Grützner, Prof. Dr. Karsten Altenhain, Dr. Nicolai Behr, Dr. Markus Berndt, Prof. Dr. Martin Böse, Prof. Dr. Axel Dessecker, Armin von Döllen, Dr. Jan Ellermann, Dr. Andreas Gilch, Prof. Dr. Michael Heghmanns, Prof. Dr. Bernd Heinrich, Dr. Kristian Hohn, Dr. Alexander Jakob, Dr. Christoph Klahold, Dr. Benjamin Koch, Prof. Dr. Matthias Krüger, Prof. Dr. Frank Meyer, Dr. Gerwin Moldenhauer, Dr. Dietmar Prechtel, Dr. Axel Rinjes, Prof. Dr. Thomas Rotsch, Dr. Dirk-Christoph Schautes, Prof. Dr. Michael Schmidl, Dr. Edward Schramm, Dr. Thomas Schröder, Dr. Robert Schulz, Dr. Thomas Schürle, Dr. Fabian Theurer, Dr. Denise Ventura-Heinrich, Dr. Stephan Voigtel, Dr. Olaf Wrede, Bruce Yannett, Rudolf Zimmermann

1. Auflage

[Wirtschaftsstrafrecht – Momsen / Grützner / Altenhain / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Nebenstrafrecht](#)



Verlag C.H. Beck München 2013

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 63747 6

beck-shop.de

Momsen/Grützner
Wirtschaftsstrafrecht

beck-shop.de

Wirtschaftsstrafrecht

**Handbuch für die
Unternehmens- und Anwaltspraxis**

Herausgegeben von

Dr. Carsten Momsen
o. Professor an der Universität Hannover

und

Dr. Thomas Grützner
Rechtsanwalt in München

1. Auflage 2013

beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 978 3 406 63747 6

© 2013 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Wirtschaftsstrafrecht hat Konjunktur. Globalisierung und Vernetzung des Wirtschaftsverkehrs steigern die Komplexität der Materie stetig. Bessere Ausstattung der Ermittlungsbehörden, kriminalpolitische Fokussierung und gewonnene Erfahrungen führen zu einer steigenden Anzahl eingeleiteter Ermittlungsverfahren, in deren Mittelpunkt Unternehmen stehen. Damit erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit, Wirtschaftsstraftaten aufzudecken und zu sanktionieren. Die Unternehmen begegnen den Risiken – zum Teil unter erheblichem personellem und finanziellem Aufwand – durch eine massive Aufwertung von internen Präventionsmechanismen, wie insbesondere dem Aufbau effektiver Compliance-Strukturen. Entsteht intern der Verdacht von Wirtschaftskriminalität, werden zugleich in wachsender Zahl nachhaltige unternehmensinterne Untersuchungen eingeleitet und durchgeführt, nicht zuletzt um Haftungsrisiken zu begrenzen. In dem hierdurch entstehenden Spannungsfeld verschiedener Interessen wächst der Bedarf an wirtschaftsstrafrechtlicher Kompetenz im Unternehmen und in der Anwaltspraxis. Dem trägt dieses Handbuch durch einen die Perspektive von Unternehmen in besonderer Weise berücksichtigenden Ansatz Rechnung. Es orientiert sich an der Struktur der in Rechtsabteilungen von Unternehmen und Wirtschaftskanzleien üblichen Aufteilung in Tätigkeitsfelder und Rechtsgebiete. Es ermöglicht dem Leser damit einen direkten Zugang zu spezifischen Fragestellungen der gesamten Bandbreite des Wirtschaftsstrafrechts. Innerhalb der jeweiligen Tätigkeitsfelder rücken die Bearbeiter die in der Praxis besonders relevanten Aspekte in den Mittelpunkt der wissenschaftlich fundierten Darstellung.

Neben einer ausführlichen Darstellung von Haftungsregime und Haftungsrisiken von Unternehmen bei Wirtschaftsdelikten werden gezielt Schwerpunkte gesetzt (bspw. Compliance, Interne Ermittlungen, Bank- und Kapitalmarktrecht, Kartellrecht und Wettbewerbsschutz, Korruptionsbekämpfung). Ihrer wachsenden praktischen Bedeutung entsprechend, werden daneben auch wirtschaftsstrafrechtliche Fragestellungen in anderen Bereichen des Wirtschaftsrechts behandelt, wie bspw. das Arbeitsstrafrecht, das Arznei- und Lebensmittelstrafrecht, strafrechtliche Produkthaftung, Umweltstrafrecht, Außenwirtschaftsstrafrecht und Kriegswaffenkontrollrecht.

Eine Einführung zu den einzelnen Beiträgen ermöglicht dem Leser den sofortigen Zugriff auf aktuelle Rechtsprechung und Rechtsentwicklung. Der Blick richtet sich hier unmittelbar auf die im Fluss befindliche Diskussion, so dass bereits in der Einführung erste Anknüpfungspunkte für eine kompetente und innovative Interessenvertretung aufgezeigt werden.

Die Herausgeber bedanken sich beim Verlag C. H. Beck und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Hannover und München, insbesondere bei Herrn *Andreas Oonk* (Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht und Wirtschaftsstrafrecht in Hannover) sowie Frau *Cigdem Urcarkus* (Baker & McKenzie, München). Weiterhin danken wir unseren Mitarbeitern *Sebastian Laudien* und *Laura Savic*, beide Hannover, sowie Herrn *Matthias Ziegelmeyer*, München, für die Hilfe bei der Erstellung der Verzeichnisse.

Das Werk befindet sich auf einem Bearbeitungsstand des Sommers 2012. Autoren und Herausgeber wünschen dem Werk eine gute Aufnahme.

Hannover und München im Juli 2012

*Carsten Momsen
Thomas Grützner*

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Bearbeiterverzeichnis	XLI
Abkürzungsverzeichnis	XLV
1. Kapitel. Haftungsregime und Haftungsrisiken von Unternehmen bei Wirtschaftsdelikten	1
A. Kriminologische Befunde zur Wirtschaftskriminalität und ihrer Kontrolle <i>(Dessecker)</i>	1
B. Grundstrukturen strafrechtlicher Haftung im Wirtschaftsverkehr <i>(Rotsch)</i>	13
C. Haftungsstrukturen im Unternehmen <i>(Momsen)</i>	57
D. Spezifische Strafbarkeitsrisiken bei Gründung, Betrieb und Beendigung eines Unternehmens sowie beim Unternehmenskauf <i>(Momsen)</i>	87
E. Sanktionen, Sanktionspraxis, Vermögensabschöpfung <i>(Dessecker)</i>	102
F. Bekämpfung wirtschaftsstrafrechtlicher Verhaltensweisen in der Europäischen Union <i>(Ellermann)</i>	116
2. Kapitel. Grundlagen von Corporate Compliance	125
A. Prävention strafrechtlicher Risiken durch strafrechtlich wirksame Compliance- Maßnahmen <i>(Gilch/Schautes)</i>	125
B. Sicherstellung von Compliance – Die Rolle der Internen Revision <i>(Jakob)</i>	142
C. Compliant Compliance – Ausgewählte Grenzen maximaler Kontrolle <i>(Schmidl)</i>	169
3. Kapitel. Unternehmensperspektive, staatsanwaltschaftliche Ermittlung und Verteidigungsstrategie	207
A. Das Unternehmen als Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen – Unterneh- mensperspektive <i>(Klahold/Berndt)</i>	207
B. Ermittlungen gegen Unternehmen – Staatsanwaltschaftliche Perspektive <i>(Moldenhauer)</i>	234
C. Ermittlungen gegen Unternehmen – Verteidigungsstrategien <i>(v. Döllen)</i>	254
D. Die transnationale Geltung des Grundsatzes „ne bis in idem“ <i>(Böse)</i>	286
4. Kapitel. Interne Ermittlungen <i>(Grützner)</i>	305
5. Kapitel. Betrugs- und Untreuekonstellationen	437
A. Betrug im Wirtschaftsverkehr <i>(Schröder)</i>	437
B. Untreue, § 266 StGB <i>(Schramm)</i>	504
6. Kapitel. Bank- und Kapitalmarktrecht	563
A. Banking & Finance <i>(Altenhain)</i>	563
B. Marktmissbrauch <i>(Hohn)</i>	613
C. Bilanzstrafrecht außerhalb der Krise <i>(Momsen)</i>	708
	VII

Inhaltsübersicht

7. Kapitel. Kartellrecht und Wettbewerbsschutz	739
1. Teil. Kartellrecht (<i>Wrede/Theurer/Prechtel/Schulz/Böse</i>)	739
2. Teil. Wettbewerbsschutz	806
A. Gewerblicher Rechtsschutz – UWG (<i>Heghmanns</i>)	806
B. Strafbare Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums (außerhalb des UWG) (<i>Koch</i>)	833
8. Kapitel. Insolvenzstrafrecht (<i>Rinjes</i>)	845
9. Kapitel. Korruptionsbekämpfung	937
A. Korruptionsprävention (<i>Zimmermann</i>)	937
B. Korruption – Strafrecht, Zivilrecht, Steuerrecht, Vergaberecht (<i>Grützner/Behr</i>)	964
C. Korruption im Gesundheitswesen (<i>Krüger</i>)	1104
D. Sponsoring und Strafrecht – Ein Überblick anhand von Beispielen (<i>Voigtel</i>)	1112
E. Der US-amerikanische Foreign Corrupt Practices Act – FCPA (<i>Yannett/Schürle</i>)	1126
F. UK Bribery Act 2010 (<i>Grützner/Behr</i>)	1159
G. Korruptionsbekämpfung im internationalen Überblick (<i>Grützner/Behr</i>)	1168
10. Kapitel. Wirtschaftsstrafrecht in Sondergebieten	1201
A. Arbeitsstrafrecht (<i>Meyer</i>)	1201
B. Arznei- und Lebensmittelstrafrecht (<i>Krüger</i>)	1249
C. Außenwirtschaftsstrafrecht (<i>Meyer</i>)	1274
D. Kriegswaffenkontrollrecht (<i>Heinrich</i>)	1298
E. Produkthaftung und Strafrecht – Strafrechtliche Haftung für Betriebsunfälle und Schäden beim Bau (<i>Voigtel</i>)	1330
F. Umweltstrafrecht (<i>Ventura-Heinrich</i>)	1368
Stichwortverzeichnis	1385

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Bearbeiterverzeichnis	XLI
Abkürzungsverzeichnis	XLV
1. Kapitel. Haftungsregime und Haftungsrisiken von Unternehmen bei Wirtschaftsdelikten	1
A. Kriminologische Befunde zur Wirtschaftskriminalität und ihrer Kontrolle <i>(Dessecker)</i>	1
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	2
II. Begriff der Wirtschaftskriminalität	3
1. Formelle Begriffsbestimmungen	3
2. Materielle Begriffsbestimmungen	4
III. Polizeiliche Erkenntnisse	5
1. Daten der polizeilichen Kriminalstatistik und des Bundeslagebilds Wirtschafts- kriminalität	5
2. Grenzen polizeilicher Daten	7
IV. Justizstatistiken	8
V. Ausgewählte Ergebnisse empirischer Forschungen	8
1. Befragungen von Unternehmen	8
2. Tätertypologien	9
3. Strafverfahren in Wirtschaftsstrafsachen	10
4. Analysen einzelner Deliktformen	11
B. Grundstrukturen strafrechtlicher Haftung im Wirtschaftsverkehr <i>(Rotsch)</i>	13
I. Begriff und Bedeutung des Wirtschaftsstrafrechts	16
1. Kriminologischer Begriff des Wirtschaftsstrafrechts	17
2. Strafrechtsdogmatischer Begriff des Wirtschaftsstrafrechts	18
3. Strafprozessualer Begriff des Wirtschaftsstrafrechts	18
4. Kombinationsansätze	19
5. Bedeutung der Begriffsklärung	19
II. Allgemeine Prinzipien des Wirtschaftsstrafrechts	20
1. Sonderdelikte	20
2. Abstrakte Gefährdungsdelikte	21
3. Blanketttatbestände	22
4. Generalklauseln und wirtschaftliche Auslegung	24
5. Schein- und Umgehungshandlungen	26
6. Fahrlässigkeit und Leichtfertigkeit	27
7. Auffang- und Aufgreifstatbestände	28
8. Ultima ratio-Gedanke, fragmentarischer Charakter des Strafrechts und Wirt- schaftsstrafrecht	29
III. Rechtsquellen und Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	29
IV. Allgemeiner Teil des Wirtschaftsstrafrechts	31
1. Das Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem Teil des StGB	31
2. Tatbestandslehre	32
a) Die Handlungssituation im Wirtschaftsstrafrecht	32
b) Kausalität	33
c) Unterlassen	36
d) Beteiligung	38
aa) Unmittelbare Täterschaft durch aktives Tun, § 25 I Var. 1 StGB	39
	IX

Inhaltsverzeichnis

bb) Unmittelbare Täterschaft im Rahmen unechter Unterlassungsdelikte, §§ 25 I Var. 1, 13 StGB	40
cc) Aufsichtspflichtverletzung, § 130 OWiG	40
dd) Mittelbare Täterschaft, § 25 I Var. 2 StGB	42
ee) Mittäterschaft, § 25 II StGB	43
ff) Neutrale Beteiligung	43
gg) Organ- und Vertreterhaftung, §§ 14 StGB, 9 OWiG	45
e) Vorsatz und Irrtum	45
3. Rechtswidrigkeit	47
a) Rechtfertigender Notstand	48
b) Rechtfertigung kraft behördlicher Genehmigung	49
aa) Tatbestandsausschließungs- oder Rechtfertigungsgrund	49
bb) Genehmigungsgegenstand	50
cc) Reichweite der Genehmigung	50
dd) Verwaltungsakzessorietät	51
ee) Relevanz bloßer Genehmigungsfähigkeit	52
V. Die Divisionalisierung des Strafrechts und ihre Konsequenzen	52
VI. Verantwortlichkeit von Unternehmen	53
VII. Criminal Compliance	55
C. Haftungsstrukturen im Unternehmen (Momsen)	57
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	58
II. Risikozuordnung	62
III. Strafrechtliche Haftung der Akteure eines Unternehmens	62
1. Strafrechtliche Haftung auf der Ebene der Geschäftsleitung	62
a) Eigenhändige Begehung	62
aa) Allgemeines zur Begehung von Sonderdelikten	62
bb) Untreue und Korruption	64
b) Strafrechtliche Haftung und Gesamtverantwortung	70
aa) Einführung	70
bb) Strafrechtliche Haftung bei Beschlüssen von Kollegialorganen	70
cc) Probleme im Zusammenhang mit der horizontalen Delegation von Aufgaben	72
c) Spezifische Probleme des Unterlassens	73
aa) Einführung	73
bb) Strafrechtliche Haftung aufgrund von Betriebsgefahren sächlicher Art	73
cc) Strafbarkeit durch Unterlassen des Geschäftsherrn wegen strafbarer Handlungen von Mitarbeitern	74
dd) Pflicht zur Einführung von Compliance-Programmen	76
ee) Der Auffangtatbestand des § 130 OWiG	76
d) Zurechnung der Tatbestandsverwirklichung bei vertikaler Delegation von Aufgaben	77
2. Strafrechtliche Haftung auf der Kontrollebene (Aufsichtsrat)	78
a) Strafbarkeitsrisiken für Akteure auf der Kontrollebene eines Unternehmens aufgrund ihrer Stellung als Beschützer des Vermögens der Gesellschaft	78
aa) Untreue durch mangelnde Kontrolle	78
bb) Untreue durch Bestellung/Vergütung des Vorstandes	79
cc) Untreue durch das Unterlassen der Geltendmachung von Schadenser- satzansprüchen	80
b) Strafbarkeit aufgrund der Verletzung von Überwachungspflichten	81
3. Strafrechtliche Haftung des Compliance Officers	82
a) Allgemeines	82
b) Strafbarkeit aufgrund von unterlassenem Einschreiten gegen bekanntgewor- dene Straftaten Betriebsangehöriger	82
4. Strafrechtliche Haftung von Mitarbeitern	83
a) Allgemeines	83
b) Verrat von Betriebsgeheimnissen	84
c) Beihilfe zur Steuerhinterziehung durch Mitarbeiter einer Bank	84
d) Untreue durch Vornahme sog. „Kickback-Geschäfte“	85

Inhaltsverzeichnis

D. Spezifische Strafbarkeitsrisiken bei Gründung, Betrieb und Beendigung eines Unternehmens sowie beim Unternehmenskauf (Momsen)	87
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	88
II. Gründung eines Unternehmens	88
1. Gründungsschwindel – §§ 82 I GmbHG, 399 AktG	88
2. Akzessorietät	89
III. Betrieb eines Unternehmens	89
1. Unrichtige Darstellung – §§ 331 ff. HGB	89
2. Geschäftslagetäuschung – §§ 82 II Nr. 2 GmbHG, 400 AktG, 147 II GenG	90
3. Gesellschaftsrechtliche Untreue	90
a) Täterschaft und Teilnahme (bspw. durch Gesellschafter, Unternehmensberater, Steuerberater)	90
b) Risikogeschäfte	91
c) Organbezüge, Abfindungen und Prämien, Boni	91
d) Sponsoring	91
e) Schwarze Kassen	92
4. Schutz des Arbeitsmarkts	92
a) Illegale Beschäftigung von Ausländern	92
b) Illegale Arbeitnehmerüberlassung	93
c) Lohnwucher – § 291 I Nr. 3 StGB	93
d) Vorenthalten von Beiträgen – § 266 a StGB	93
5. Steuerhinterziehung	93
IV. Stilllegung/Abwicklung eines Unternehmens	93
1. Insolvenzverschleppung	93
2. Entnahmen aus dem GmbH-Vermögen und Konzernuntreue	94
3. Bankrottdelikte – §§ 283 ff. StGB	94
4. Vorenthalten von Beiträgen – § 266 a StGB	95
5. Übergabe an sog. „Firmenbestatter“	96
V. Unternehmenskauf, Due Dilligence und Insiderstrafbarkeit	96
1. Untreue – § 266 StGB	96
2. Insiderdelikte	97
a) Bedeutung der Due Dilligence – Prüfung	97
b) Paketerwerb	100
c) Alongside-Käufe	100
d) Erwerb „entgegen ökonomischer Vernunft“	100
e) Weitergabe von Insiderinformationen durch das Zielunternehmen	101
f) Management buy-outs	101
E. Sanktionen, Sanktionspraxis, Vermögensabschöpfung (Dessecker)	102
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	103
II. Verpflichtungen bei Verfahrenseinstellung	104
III. Verwarnung mit Strafvorbehalt	106
IV. Strafen	107
1. Allgemeine Regeln der Strafzumessung	107
2. Geldstrafe	107
3. Freiheitsstrafe mit Bewährung	108
4. Freiheitsstrafe ohne Bewährung	110
V. Vermögensabschöpfung	110
1. Verfall und Erweiterter Verfall	111
2. Weitere Regelungen	113
VI. Maßregeln	114
VII. Außerstrafrechtliche Rechtsfolgen	114
F. Bekämpfung wirtschaftsstrafrechtlicher Verhaltensweisen in der Europäischen Union (Ellermann)	116
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	116
II. Bekämpfung wirtschaftsstrafrechtlicher Verhaltensweisen in der Europäischen Union	117
1. Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)	117
2. Europäisches Polizeiamt (Europol)	120

Inhaltsverzeichnis

2. Kapitel. Grundlagen von Corporate Compliance	125
A. Prävention strafrechtlicher Risiken durch strafrechtlich wirksame Compliance-Maßnahmen <i>(Gilch/Schautes)</i>	125
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	126
II. Compliance Maßnahmen	127
1. Einführung	127
2. Aufbauorganisation Compliance	128
a) Compliance als Vorstandsverantwortung	128
b) Verortung der Compliance Organisation im Konzern	129
c) Zur Struktur der Aufbauorganisation Compliance	131
d) Zum Schutz der Compliance Officer	131
e) Zwischenergebnis	133
3. Prozess zur Steuerung von Compliance Risiken	133
a) Einführung	133
b) Zuweisung klarer Verantwortlichkeiten	133
c) Modell eines Governance Prozesses	134
aa) Präventionszyklus	135
bb) Prüfungszyklus	139
cc) Interventionszyklus	140
dd) Verbesserungszyklus	140
d) Zwischenergebnis	141
III. Fazit	141
B. Sicherstellung von Compliance – Die Rolle der Internen Revision <i>(Jakob)</i>	142
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	143
II. Die Interne Revision als Instrument der Haftungsvermeidung	144
1. Wesentliche normative Grundlagen der Revisionsarbeit	145
a) KonTraG	145
b) Deutscher Corporate Governance Kodex	146
c) 8. EU-Richtlinie	147
d) Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG)	148
e) Revisionsstandard Nr. 1 des IIR	149
f) Der Prüfungsstandard 980 des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW PS 980)	149
g) Wesentliche Regelungen aus dem US-Raum	151
III. Aktuelle Anforderungen an die Interne Revision	151
IV. Exkurs: Die Revision – Goldfischteich oder Friedhof der Kuscheltiere?	153
V. Die risikoorientierte Prüfungsplanung als Ausgangspunkt	153
1. Wesentliche Elemente eines Risikomanagementsystems	153
a) Prüfungsstandard 340 des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW PS 340)	154
b) COSO	155
2. Audit Universe	155
3. Jahresprüfungsplan	156
4. Quartalsweises und/oder Monatliches Prüfungsprogramm	156
VI. Wesentliche Prüffelder der Revision im Hinblick auf Compliance	157
1. Compliance Audits	157
2. Forensic Audits	159
VII. Blick in die Praxis: Durchführung einer Compliance Audit am Beispiel der Prüfung von Beraterverträgen	160
1. Klärung Prüfungsauftrag	160
2. Festlegung Prüfungsteam	161
3. Vorbereitung	161
4. Prüfungsdurchführung	162
a) Identifikation der Risikofelder	162
b) Prüfung der Aufbauorganisation und Richtlinien	163
c) Prüfung des Akquise-Prozesses	163
d) Prüfung der Vertragsgestaltung	164
e) Prüfung der zu erbringenden Leistung	165

Inhaltsverzeichnis

f) Prüfung der Zahlungsabwicklung	166
g) Prüfung von Dokumentation und Reporting	167
h) Prüfung der Kommunikation (Training)	167
i) Abschlussgespräch	167
5. Vorab- und Endbericht	167
6. Nachbereitung und Follow-up	168
C. Compliant Compliance – Ausgewählte Grenzen maximaler Kontrolle	
(Schmidl)	169
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	171
1. Übererfüllung von Compliance-Bemühungen	171
2. Arbeitnehmer- und Drittrechte als Schranken	171
3. Eignung einer Maßnahme	173
II. E-Mail-Filterung im Lichte von §§ 206, 303 a StGB	173
1. Auswirkungen von § 206 StGB im Bereich der E-Mail-Filterung	173
a) Geschütztes Rechtsgut	173
b) Reichweite des Schutzes	173
c) Eingriff in den Normalverlauf der Telekommunikation	174
d) Taugliche Täter	174
e) E-Mail als taugliches Tatobjekt	175
f) Ausfiltern und Verzögern als Tathandlung	175
g) Zeitliche Grenze der Tatbestandsverwirklichung	176
aa) Schutz während der Übermittlung	176
bb) Schutz bis zum Eingang im Herrschaftsbereich des Empfängers	176
cc) Arbeitgeber als Provider?	178
dd) Offene Fragen	181
h) Zur Übermittlung anvertraut	182
i) Rechtswidrigkeit	182
2. Regelungsgehalt und Auswirkungen von § 303 a StGB	183
3. Lösungsansätze	184
III. Whistleblowing im Lichte des Datenschutzrechts	184
1. Zentrale Anforderungen des Datenschutzrechts	184
a) Schutzziel des Datenschutzrechts	184
b) Datenvermeidung und Datensparsamkeit	185
c) Information der Betroffenen	185
d) Erlaubnistatbestände	185
e) Kein Konzernprivileg	186
f) Anforderungen an Internationale Übermittlungen	187
2. Ausgewählte Auswirkungen auf das Whistleblowing	187
a) Beschränkung zulässiger Meldegegenstände	187
b) Keine Bewerbung der Anonymität	188
c) Subsidiarität der Meldung an die Muttergesellschaft	189
3. Lösungsansätze	189
IV. Screening von E-Mail und Internetverkehrsdaten	190
1. Screening von E-Mail	190
a) Interessenlage	190
b) Anwendung von § 206 StGB	191
c) Anwendung des Datenschutzrechts	192
2. Screening von Internetverkehrsdaten	193
a) Anwendbarkeit des TKG	193
b) Mögliche Erlaubnistatbestände	193
c) Rechtswidrige Inanspruchnahme gemäß § 100 III TKG	194
V. Totalüberwachung im Lichte von Art. 1 GG und sonstige Grenzen	196
1. Grenzen der Überwachung aus Art. 1 GG	196
a) Verbot der Totalüberwachung	196
b) Datenschutzrechtliche Absicherung	196
c) Bezugspunkt der Totalüberwachung	196
2. Auswirkungen auf typische Maßnahmen	196
a) Mitlesen von Bildschirmen	196

Inhaltsverzeichnis

b) Einsatz von Keylogger-Software	196
c) Lückenlose Browser-Überwachung	197
3. Zusätzlicher Schutz bei Telefon- und Videoüberwachung	197
a) Schutz durch § 201 StGB	197
aa) Zum Tatbestand	197
bb) Reichweite des Schutzes	197
b) Schutz gemäß § 201 a StGB	198
aa) Zum Tatbestand	198
bb) Reichweite des Schutzes	198
VI. Kontrollmaßnahmen im Lichte des IT-Grundrechts	199
1. Schutzbereich des IT-Grundrechts	199
a) Herleitung und Schutzbereich	199
b) Abgrenzung zum Recht auf informationelle Selbstbestimmung	200
c) Übertragbarkeit auf Verhältnisse am Arbeitsplatz	200
2. Auswirkungen auf Kontrollmaßnahmen	202
VII. Sonstige Folgen unzulässiger Kontrollmaßnahmen	203
1. Beweisrechtliche Folgen	203
2. Reputationsverlust	204
3. Maßnahmen von Aufsichtsbehörden	204
4. Sonstige Ansprüche und Rechte der Betroffenen	205
5. Strafrechtliche und ordnungswidrigkeitenrechtliche Folgen	205

3. Kapitel. Unternehmensperspektive, staatsanwaltschaftliche Ermittlung und Verteidigungsstrategie 207

A. Das Unternehmen als Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen – Unternehmensperspektive (Klahold/Berndt)	207
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	209
II. Unternehmen und Ermittlungen wegen Straftaten zum Nachteil des Unternehmens	211
1. Strafanzeige/Strafantrag durch das Unternehmen	212
2. Rechtliche Grundlagen	212
3. Unternehmensspezifische Gesichtspunkte	213
4. Akteneinsicht gemäß §§ 406 e, 475 StPO	214
a) Rechtliche Grundlagen	214
b) Unternehmensspezifische Gesichtspunkte	215
5. Unternehmen als Begünstigter der Zurückgewinnungshilfe gemäß § 111 b V StPO	216
a) Rechtliche Grundlagen	216
b) Unternehmensspezifische Gesichtspunkte	216
6. Unternehmen als Nebenkläger gemäß §§ 395 ff. StPO oder als Privatkläger gemäß §§ 374 ff. StPO	217
a) Rechtliche Grundlagen	217
b) Unternehmensspezifische Gesichtspunkte	218
III. Unternehmen und Ermittlungen wegen Straftaten aus falsch verstandenem Interesse des Unternehmens	219
1. Durchsuchung und Beschlagnahme gemäß §§ 103, 98 StPO	219
a) Rechtliche Grundlagen	219
b) Unternehmensspezifische Gesichtspunkte	220
2. Unternehmensvertretung/Koordination der Verteidigung	222
a) Rechtliche Grundlagen	222
b) Unternehmensspezifische Gesichtspunkte	223
3. Verbandsgeldbuße gemäß § 30 OWiG	223
a) Rechtliche Grundlagen	224
b) Unternehmensspezifische Gesichtspunkte	224
4. Verfallsbeteiligung gemäß §§ 73 ff. StGB	225
a) Rechtliche Grundlagen	225
b) Unternehmensspezifische Gesichtspunkte	226

Inhaltsverzeichnis

5. Weitere drohende Nebenfolgen	226
a) Rechtliche Grundlagen	227
b) Unternehmensspezifische Gesichtspunkte	228
IV. Compliance	228
1. Allgemeines	229
2. Insbesondere Compliance Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung	230
3. Compliance Maßnahmen unter dem Eindruck drohender oder laufender Ermittlungen	231
B. Ermittlungen gegen Unternehmen – Staatsanwaltschaftliche Perspektive	
(Moldenhauer)	234
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	234
II. Strafverfahren	235
1. Kenntnis	235
2. Verfahrenseinleitung	236
3. Abgrenzung und Unterschied zu Erhebungen	236
4. Strafanzeige	236
5. Strafantrag	238
6. Beschuldigte	239
7. Unternehmensjurist	239
8. Durchsuchung	240
9. Kenntnis des Tatvorwurfs	241
10. Akteneinsicht des Unternehmens	241
11. Auskünfte über den Arbeitnehmer	242
12. Beendigung des Verfahrens	243
13. Einstellung aus Gründen der Legalität	244
14. Einstellung aus Gründen der Opportunität	244
a) § 153 StPO	245
b) § 153 a StPO	245
c) §§ 154, 154 a StPO	246
15. Anklage	246
III. Verständigung	247
1. Zeitpunkt der Verständigung	247
2. Initiative zur Verständigung	248
3. Beteiligte der Verständigung	248
4. Gegenstand der Verständigung	248
a) Sachverhalt	249
b) Strafmaß	249
c) Bewährungsaussetzung	250
d) Sanktionsschere	250
e) Prozessverhalten	250
f) Geständnis	251
5. Zustandekommen der Verständigung	252
6. Bindungswirkung der Verständigung	252
C. Ermittlungen gegen Unternehmen – Verteidigungsstrategien (v. Döllen)	254
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	255
II. Besonderheiten von Wirtschaftsstrafsachen	255
III. Besonderheiten von Steuerstrafsachen	256
Selbstanzeige	259
IV. Verteidigungsmöglichkeiten im Ermittlungsverfahren	263
1. Verteidigungsmöglichkeiten gegen prozessuale Zwangsmaßnahme	264
a) Durchsuchung	264
b) Rechtsmittel gegen Durchsuchung und Beschlagnahme	266
c) Arrest und Pfändung	268
Rechtsschutzmöglichkeiten	269
d) Der Arrest nach § 324 AO	269
2. Vermeidung einer Hauptverhandlung	270
a) § 170 II StPO	270

Inhaltsverzeichnis

b) §§ 153, 153 a StPO	270
c) § 154 StPO	272
d) Täter–Opfer–Ausgleich, § 46 a StGB	272
e) Strafbefehlsverfahren	273
f) Abwesenheit/Verhandlungsunfähigkeit	274
3. Gestaltung und Begrenzung des Streitstoffs durch Teileinstellungen	275
4. Verteidigung und Presse	276
V. Zwischenverfahren	277
1. Einlassung oder nicht	278
2. Mängel der Anklage	279
VI. Hauptverhandlungsstrategien	280
1. Absprachen	280
2. Verfahrensbeendigung ohne Urteil	282
3. Verfahrensbeendigung mit Urteil	282
4. Übergang ins Strafbefehlsverfahren	283
5. Besonderheit der Hauptverhandlung in Steuerstrafsachen	284
6. Konfliktverteidigung?	284
D. Die transnationale Geltung des Grundsatzes „ne bis in idem“ (Böse)	286
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	287
II. Grundlagen	288
1. Entstehung und Funktion	288
2. Verhältnis von Art. 50 GRC und Art. 54 SDÜ	289
3. Anwendungsbereich	290
a) Sachlicher Anwendungsbereich (Strafverfahren)	290
b) Persönlicher Anwendungsbereich	291
c) Räumlicher Anwendungsbereich	291
d) Zeitlicher Anwendungsbereich	292
III. Voraussetzungen eines grenzüberschreitenden Strafklageverbrauchs (Art. 50 GRC, Art. 54 SDÜ)	292
1. Rechtskräftige Aburteilung	292
2. Vollstreckungselement	296
a) Unvereinbarkeit mit Art. 50 GRC	296
b) Reichweite des Vollstreckungselements	298
3. Tatidentität	299
IV. Ausnahmen (Art. 55 SDÜ)	302
 4. Kapitel. Interne Ermittlungen (Grützner)	305
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	312
1. Was sind interne Ermittlungen?	314
2. Warum sind interne Ermittlungen wichtig?	314
a) Vermeidung von Haftungsrisiken	314
b) Bestandteil eines effektiven Compliance-Programms	315
c) Zero Tolerance Policy	315
d) Bestimmung von Schwachstellen im Unternehmen und Prävention	315
II. Die Haftung des Unternehmens und der Geschäftsleitung bei Rechtsverstößen als Grundlage der Pflicht zur Einleitung von internen Ermittlungen	316
1. Die Haftung des Unternehmens bei Rechtsverstößen der Geschäftsleitung oder von Mitarbeitern	316
a) Geldbuße gegen Unternehmen („Verbandsgeldbuße“)	316
aa) Straftat zum Nachteil des Betriebs/Unternehmens als Bezugstat im Sinne des § 30 OWiG?	317
bb) § 130 I OWiG – Durchgriffstatbestand	317
cc) Zusammenfassung	319
b) Verfall	320
aa) Verfall nach StGB	320
bb) Verfall nach OWiG	321
c) Sonstige Maßnahmen der Verwaltung	322

Inhaltsverzeichnis

2. Die Haftung der Geschäftsleitung bei Rechtsverstößen von Mitarbeitern	322
a) Ordnungswidrigkeit durch Unterlassen der erforderlichen Aufsichtsmaßnahmen	322
b) Strafbare Untreue durch Unterlassen der erforderlichen Aufsichtsmaßnahmen	323
c) Zivilrechtliche Haftung bei Unterlassen der erforderlichen Aufsichtsmaßnahmen	324
3. Pflicht zur Einleitung von internen Ermittlungen	324
a) Einhaltung der Rechtsordnung als Ansatzpunkt für die Pflicht zur Einleitung interner Ermittlungen	324
b) Pflicht zur Einleitung bei Hinweisen auf rechtswidriges Verhalten (repressiv) ..	325
aa) Stichhaltigkeit der Hinweise	326
bb) Art des Fehlverhaltens	326
c) Interne Ermittlungen als präventives Kontrollinstrument	326
d) Umfang der internen Ermittlungen	327
e) Interne Ermittlungen im Konzern	328
f) Fazit	328
III. Vorfrage: Der Umgang mit den Behörden	329
1. Parallele interne Untersuchung und staatliches Ermittlungsverfahren	330
2. Einleitung einer internen Untersuchung infolge eines staatlichen Ermittlungsverfahrens	330
3. Kooperation ohne laufende Ermittlungsverfahren?	331
IV. Einleitung interner Ermittlungen	332
1. Die acht Schritte interner Ermittlungen	333
2. Schritt 1: Schaffung von Anlaufstellen und rechtliche Prüfung der erhaltenen Hinweise auf hinreichende Substantiierung des Vorwurfs („Verdachtsprüfung“) ..	334
a) Hinweisgebersysteme und andere Anlaufstellen	334
b) Überprüfung der eingehenden Hinweise auf hinreichende Substantiierung des Vorwurfs („Verdachtsprüfung“)	336
aa) Verfahrensgrundsätze	336
bb) Schlüssigkeitskontrolle	336
cc) Vorgehen bei konkreten Hinweisen	338
dd) Transparenz	338
ee) Feedback an Hinweisgeber	339
ff) Fazit	339
3. Schritt 2: Einleiten der internen Ermittlung	339
4. Schritt 3: Aufstellen eines Untersuchungsplans	340
a) Festlegen der Parameter der internen Untersuchung im Einzelfall	340
aa) Festlegen und Dokumentieren der Untersuchungsstrategie	340
bb) Ziele der internen Ermittlung definieren	341
cc) Unterstützung der Geschäftsleitung einholen	341
dd) Bildung des Untersuchungsteams	342
ee) Verdeckte oder offene interne Ermittlung?	346
ff) Einschalten staatlicher Ermittlungsbehörden	346
gg) Inhalte des Untersuchungsplans	347
5. Schritt 4: Die Durchführung einer internen Ermittlung	348
a) Festlegen des Inhalts der vorgeworfenen Verhaltensweisen	348
b) Untersuchungschronologie	348
c) Ermittlung der relevanten Fakten (Dokumente, Daten, Interviews)	349
Identifikation von Dokumenten	349
d) Die Überprüfung von Dokumenten (Dateien, E-Mails, Akten)	355
aa) Auswahl des Analyseteams	355
bb) Arbeitsanweisung für das Untersuchungsteam	355
cc) Der Analyseprozess	356
e) Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Maßnahmen	356
f) Zulässigkeit und Durchführung einzelner Maßnahmen im Rahmen interner Ermittlungen	357
aa) Untersuchungsmaßnahmen und Datenschutz	357
bb) Screening von E-Mails	368

Inhaltsverzeichnis

cc) Datenscreening/Data Mining	372
dd) Herausgabe, Kontrolle und Verarbeitung der Akten, Briefe und Unterlagen von Mitarbeitern	374
ee) Herausgabe und „Spiegelung“ des Computers und anschließende Verarbeitung der dienstlichen Daten und elektronisch gespeicherten dienstlichen Unterlagen von Mitarbeitern (außer E-Mails)	375
ff) Einsicht in die Personalakte von Mitarbeitern	375
gg) Videoüberwachung von Mitarbeitern	376
hh) Telefonüberwachung	378
ii) Durchsuchung des Arbeitsplatzes	380
jj) Heimliches Abhören in den Geschäftsräumen (außerhalb von Telefonaten)	380
kk) Ermittlungen im Umfeld verdächtiger Mitarbeiter	380
ll) „Mock Investigations“	381
g) Befragung von Mitarbeitern	381
aa) Allgemeines	381
bb) Die Schlüsselemente und rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Befragung von Mitarbeitern	382
h) Regelmäßige Information des Unternehmens/Implementierung effektiver Maßnahmen, um identifiziertes Fehlverhalten abzustellen	404
i) Beteiligung von Mitarbeitervertretungen	404
aa) Mitbestimmungs- und Informationsrechte des Betriebsrats	404
bb) Rechte des Betriebsrates bei einzelnen Maßnahmen	405
cc) Konsequenzen bei Verstoß gegen Mitbestimmungsrechte	407
j) Exkurs: Amnestieprogramme	407
k) Übersicht	409
l) Beweisverwertungsverbote infolge rechtswidriger Untersuchungsmaßnahmen?	412
aa) Beweisverwertungsverbote in Arbeits- und Zivilprozessen	412
bb) Beweisverwertungsverbote im Strafprozess	414
m) Schutz der erlangten Dokumente und Informationen vor staatlichem Zugriff .	415
aa) Privilegien bei externen Ermittlern	416
bb) Kein Anwaltsprivileg bei ermittelnden Syndikusanwälten	417
V. Abschluss der internen Ermittlung und Folgemaßnahmen	417
1. Schritt 5: Abschlussbericht über die Untersuchungsergebnisse und Vorschläge für erforderliche Maßnahmen	417
a) Hintergründe der internen Ermittlung	418
b) Verlauf der internen Ermittlung	418
c) Ergebnisse der internen Ermittlung	418
d) Sanktionen gegen Mitarbeiter	418
e) Wiederkehrende arbeitsrechtliche Fragen – Umgang mit den betroffenen Mitarbeitern	419
aa) Außerordentliche Verdachtskündigung	419
bb) Erklärungspflicht für außerordentliche Kündigungen	420
cc) Pflicht zur Mitwirkung an der internen Ermittlung nach Kündigung oder Beendigung des Arbeitsverhältnisses?	421
f) Strafanzeige und Strafantrag	422
g) Folgemaßnahmen	422
2. Schritt 6: Information der zuständigen Stellen des Unternehmens und des Beschwerdeführers	423
3. Schritt 7: Nachverfolgung der vorgeschlagenen Maßnahmen (vgl. Schritt 5)	423
a) Übernahme der Verteidigungskosten in Strafverfahren durch das Unternehmen?	424
b) Ersatzansprüche gegen Mitarbeiter	424
aa) Anspruchsgrundlage	424
bb) Beweislast	424
cc) Umfang der Ersatzansprüche	425
dd) Haftungsbeschränkung über den innerbetrieblichen Schadensausgleich ..	426

Inhaltsverzeichnis

ee) Mitverantwortlichkeit aufseiten des Arbeitgebers	427
ff) Durchsetzung der Ersatzansprüche	427
c) Wiederkehrende datenschutzrechtliche Fragen – Umgang mit den erlangten Informationen	428
aa) Datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Weitergabe von Erkenntnissen und Informationen aus internen Untersuchungen an andere Konzerngesellschaften	428
bb) Zulässigkeit der Weitergabe von personenbezogenen Daten an staatliche Stellen	431
4. Schritt 8: Analyse der Ergebnisse der Ermittlung mit Blick auf die Prozesse des Unternehmens; Implementierung von Maßnahmen zur Prozessoptimierung; Nachverfolgung der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Prozessoptimierung auf deren Wirksamkeit und Effektivität	431
a) Handlungspflicht der Geschäftsleitung	431
b) Analyse der Untersuchungsergebnisse – Ein Beispiel	432
VI. Checkliste zur Durchführung interner Ermittlungen	433

5. Kapitel. Betrugs- und Untreuekonstellationen 437

A. Betrug im Wirtschaftsverkehr (Schröder) 437

I. Betrug, § 263 StGB	439
1. Einleitung und aktuelle Entwicklung	439
2. Rechtsgut und praktische Bedeutung der Vorschrift	440
3. Einfluss des Europäischen Strafrechts	441
4. Tatbestandsstruktur des § 263 StGB	443
a) Übersicht	443
b) Täuschung	443
aa) Tatsachen	443
bb) Ausdrückliche Täuschung	444
cc) Konkludente Täuschung	445
dd) Täuschung durch Unterlassen	447
ee) Betrug am Kapitalmarkt, insbesondere Wareterminoptionsbetrug und verwandte Erscheinungsformen	450
c) Irrtum	452
aa) Intensität der Fehlvorstellung	452
bb) Irrtum trotz Zweifeln	453
cc) Ausnutzung verkehrsnotwendigen Vertrauens und Opfermitverantwortung	453
dd) Ignorantia facti	455
ee) Irrtumszurechnung in arbeitsteilig organisierten hierarchischen Organisationen	455
d) Vermögensverfügung	456
aa) Begriff des Vermögens im Sinne des § 263 StGB	457
bb) Arten der Vermögensverfügung, Verfügungsbewusstsein	459
cc) Unmittelbarkeit der Vermögensverfügung	459
dd) Mehraktige Vermögensverfügungen	461
ee) Dreiecksbetrug	461
e) Vermögensschaden	463
aa) Schadensermittlung	463
bb) Schadensgleiche Vermögensgefährdung	464
cc) Subjektiver Schadenseinschlag	465
dd) Bewusste Selbstschädigungen	466
ee) Eingehungs- und Erfüllungsbetrug	466
f) Subjektiver Tatbestand	467
aa) Vorsatz	467
bb) Absicht stoffgleicher rechtswidriger Bereicherung	468
g) Beendigung	469
h) Rechtsfolgen	470
aa) Besonders schwere Fälle des Betrugs, § 263 III StGB	470

Inhaltsverzeichnis

bb) Qualifikation, § 263 V StGB	471
cc) Verfall und erweiterter Verfall, § 263 VII StGB i. V. m. §§ 73, 73 d StGB ..	471
5. Konkurrenzen	471
II. Subventionsbetrug, § 264 StGB	472
1. Rechtsgut und praktische Bedeutung der Vorschrift	472
2. Tatbestandsstruktur des § 264 StGB	474
a) Deliktsnatur	474
b) Die wichtigsten gesetzlichen Begriffe des Tatbestands	475
aa) Subvention	475
bb) Subventionserhebliche Tatsachen	478
cc) Subventionsverfahren	481
dd) Subventionsgeber	481
ee) Subventionsnehmer	482
c) Tathandlungen	482
aa) Abgabe unrichtiger oder unvollständiger Erklärungen (Nr. 1)	482
bb) Zweckwidrige Verwendung von Subventionsleistungen (Nr. 2)	484
cc) Unterlassen von Mitteilungen (Nr. 3)	484
dd) Gebrauch einer durch unrichtige oder unvollständige Angabe erlangten Bescheinigung (Nr. 4)	485
ee) Verhältnis der Tathandlungen zueinander	486
d) Subjektiver Tatbestand	487
aa) Vorsatz	487
bb) Leichtfertigkeit, § 264 IV StGB	487
e) Vollendung und Beendigung des Subventionsbetrugs	489
f) Besonders schwere Fälle/Qualifikationen	489
g) Tätige Reue	490
h) Sonstige Rechtsfolgen	491
3. Konkurrenzen	492
III. Kapitalanlagebetrug, § 264 a StGB	492
1. Rechtsgut und praktische Bedeutung der Vorschrift	493
2. Tatbestandsstruktur des § 264 a StGB	494
a) Deliktsnatur	494
b) Täter	494
c) Adressat: Größerer Kreis von Personen	494
d) Anlageobjekte	495
e) Im Zusammenhang mit dem Vertrieb oder dem Angebot auf Einlagenerhö- hung	496
f) Werbeträger	496
g) Tathandlungen	497
aa) Unrichtige vorteilhafte Angaben	497
bb) Verschweigen nachteiliger Tatsachen	497
cc) Erheblichkeit der Angaben oder verschwiegenen Tatsachen	498
dd) Vollendung der Tat	499
h) Subjektiver Tatbestand	499
i) Tätige Reue	499
3. Verjährung	499
4. Konkurrenzen	500
IV. Verleitung zu Börsenspekulationsgeschäften, §§ 26, 49 BörsG	500
1. Rechtsgut und praktische Bedeutung der Vorschrift	500
2. Tatbestandsstruktur der §§ 26, 49 BörsG	501
a) Börsenspekulationsgeschäfte	501
b) Verleiten	501
c) Ausnutzung der Unerfahrenheit des Anlegers	502
d) Subjektiver Tatbestand	503
aa) Vorsatz	503
bb) Gewerbsmäßigkeit der Verleitung	503
3. Konkurrenzen	503

Inhaltsverzeichnis

B. Untreue, § 266 StGB (Schramm)	504
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	514
1. Praktische Bedeutung	514
2. Rechtsgut	514
3. Deliktsnatur	515
4. Die Struktur der Norm	516
a) Zwei Untreuevarianten; Erfordernis der Vermögensbetreuungspflicht	516
b) Verhältnis der beiden Varianten	516
c) Bedeutung und Entscheidung	517
5. Zur Verfassungskonformität der Norm	517
a) BVerfG NJW 2009, 2370	518
b) BVerfGE 126, 170	518
aa) Konkretisierende Auslegung	518
bb) Täterkreis	519
cc) Pflichtwidrigkeit	519
dd) Gravierende Pflichtverletzung	519
ee) Verschleifungsverbot	519
ff) Vermögensgefährdung	519
gg) Kritikpunkte der Entscheidung	519
6. Geschichte der Norm	520
7. Reformbedarf	520
8. Prüfungsprogramm	521
II. Fremdes Vermögen als Angriffsobjekt	522
III. Die Tathandlungen	523
1. Der Missbrauchstatbestand	524
a) Verpflichtungs- oder Verfügungsbefugnis	524
aa) Begriff	524
bb) Entstehungsgründe	525
b) Externe Wirksamkeit	526
c) Interne Pflichtwidrigkeit	527
aa) Das Innenverhältnis als Maßstab	527
bb) Verletzung der Pflichten aus dem Innenverhältnis	527
cc) Einzelne Bereiche	529
d) Einverständnis	534
aa) Allgemeines	534
bb) Voraussetzungen	535
2. Der Treubruchstatbestand	539
a) Allgemeines	539
b) Anforderungen an die Vermögensbetreuungspflicht	540
aa) Vermögensschutz als Hauptpflicht	540
bb) Irrelevanz gewöhnlicher Schuldnerpflichten	540
cc) Selbstständigkeit der Interessenwahrnehmung	540
dd) Funktionaler Zusammenhang mit Treueverhältnis	541
c) Tatsächliches Treueverhältnis	541
d) Die Pflichtverletzungen	542
aa) Unsorgfältige oder unterlassene Ausführung der Geschäftsbesorgung	542
bb) Verstoß gegen das Schädigungsverbot	543
3. Einzelne wirtschaftsstrafrechtlich bedeutsame Treueverhältnisse	544
a) Amtswalter	544
b) Anstellungs- und Dienstverhältnisse	544
c) Banken, Darlehen und Sparen	544
d) Bauwirtschaft	545
e) Berater	545
f) Gesellschaften: Personenhandelsgesellschaften und Kapitalgesellschaften	545
aa) Aktiengesellschaft	545
bb) GmbH	545
cc) Limited	546

Inhaltsverzeichnis

g) Kaufvertrag	546
h) Mieter und Vermieter	546
i) Subventionen	547
j) Vertreter	547
k) Verwalter	547
IV. Der Vermögensschaden	548
1. Allgemeines	548
a) Restriktive Interpretation	548
b) Anwendbarkeit der Betrugsgrundsätze	548
aa) Prinzip der Gesamtsaldierung	548
bb) Ausbleiben einer Vermögensmehrung	548
cc) Ausgleichsbereitschaft und -fähigkeit	549
c) Identität vom geschädigten und betreuten Vermögen	549
d) Kausal- und Pflichtwidrigkeitszusammenhang	549
2. Ökonomischer bzw. juristisch-ökonomischer Vermögensbegriff	550
3. Individueller Schadenseinschlag	550
4. Zweckverfehlung	551
5. Die Vermögensgefährdung	552
a) Strukturelle Unterschiede zwischen Betrug und Untreue	552
b) Verfassungsrechtliche Vorgaben	552
c) Beispiele für Gefährdungsschäden	553
d) Korrektiv im subjektiven Tatbestand?	553
6. Schwarze Kassen; Kick-Back	554
a) Schwarze Kassen	554
b) Kick-Back bei Schmiergeldzahlungen	555
7. Vollendung und Versuch	556
V. Rechtfertigungsgründe	556
VI. Der Vorsatz; Irrtumsfragen	557
1. Gegenstand des Vorsatzes	557
2. Tatbestands- und Verbotsirrtum	557
VII. Täterschaft und Teilnahme	558
1. Sonderdelikt; Täterschaft	558
2. Anstiftung und Beihilfe	558
3. Organ- und Vertreterhaftung, § 14 StGB	559
4. Unterlassungen	559
VIII. Strafzumessung; der besonders schwere Fall der Untreue	559
1. Strafzumessung	559
2. Die besonders schweren Fälle der Untreue	560
IX. Konkurrenzen	561
X. Strafprozessuale Fragestellungen	561
1. Strafantrag	561
2. Verjährung	562
3. Zuständigkeit des Gerichts	562
4. Nebenklage	562
5. Täter-Opfer-Ausgleich	562
6. Verständigung	562

6. Kapitel. Bank- und Kapitalmarktstrafrecht 563

A. Banking & Finance (<i>Altenhain</i>)	563
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	565
II. Regulierungsverstöße	566
1. Handeln ohne Erlaubnis	566
a) Täter	567
b) Tathandlung	568
c) Notwendigkeit einer Erlaubnis	570
d) Fehlen der Erlaubnis	571
2. Verbotene Geschäfte	572

Inhaltsverzeichnis

3. Verstoß gegen die Insolvenzmeldepflicht	572
III. Straftaten im Rahmen erlaubter Geschäftstätigkeit	573
1. Straftaten durch Unternehmensangehörige	574
a) Straftaten zulasten des Unternehmens	575
aa) Untreue bei der Kreditvergabe	575
bb) Weitere Fälle der Untreue	586
b) Straftaten zulasten der Kunden	589
aa) Untreue	589
bb) Depotunterschlagung	591
cc) Kapitalanlagebetrug	592
c) Straftaten zulasten Dritter oder der Allgemeinheit	600
aa) Korruption bei der Kreditvergabe	600
bb) Insolvenzdelikte bei der Kreditabwicklung	601
cc) Geldwäsche	601
dd) Embargoverstöße bei eingefrorenen Geldern	604
ee) Beihilfe zur Steuerhinterziehung	605
2. Straftaten durch Kunden	605
a) Kreditbetrug	606
aa) Betrug (§ 263 StGB) bei Kreditgeschäften	606
bb) Kreditbetrug (§ 265 b StGB)	608
cc) Weitere Fälle möglicher Betrugsstrafbarkeit	611
B. Marktmissbrauch (Hohn)	613
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	616
II. Gemeinsamkeiten der Verbote des Marktmissbrauchs	618
1. Rechtsgut	619
2. Deliktsstruktur	622
3. Taten mit Auslandsbezug	625
4. Gemeinsame Tatbestandsmerkmale	627
a) Finanzinstrument	627
b) Börsenüberwachung	630
c) Börsen- und Marktpreis	631
5. Irrtümer	632
III. Insiderdelikte	634
1. Tatmodalitäten	634
2. Tatbestandsmerkmale	634
a) Gemeinsame Merkmale	634
aa) Insiderpapier	634
bb) Insiderinformation	635
b) Die einzelnen Verbote	644
aa) Erwerb und Veräußerung von Insiderpapieren, §§ 14 I Nr. 1, 38 I Nr. 1 WpHG	644
bb) Weitergabe und Tipping, §§ 14 I Nr. 2 und 3, 38 I Nr. 2, 39 II Nr. 3 und 4 WpHG	648
3. Praxisrelevante Fallgruppen	654
a) Safe-Harbor-Regelung des § 14 II WpHG	654
b) Zeitlich gestreckte Erwerbs-/Veräußerungsvorgänge	656
c) Scalping	661
d) Frontrunning	662
e) Weitergabe	663
aa) Betriebsinterne und betriebsexterne Kommunikation	663
bb) Mitteilungen aufgrund gesetzlicher Pflichten	663
IV. Marktmanipulation	665
1. Tatmodalitäten	665
2. Tatbestandsmerkmale	667
a) Gemeinsames	667
aa) Preiseinwirkungseignung und tatsächliche Preiseinwirkung	667
bb) Safe-Harbor-Regelung des § 20 a III WpHG	673

Inhaltsverzeichnis

b) Die einzelnen Verbote	673
aa) Informationsgestützte Manipulation, §§ 20 a I 1 Nr. 1, 38 II, 39 II Nr. 11 WpHG	673
bb) Handelsgestützte Manipulation, §§ 20 a I 1 Nr. 2, 38 II, 39 I Nr. 1 WpHG	680
cc) Handlungsgestützte Manipulation, §§ 20 a I 1 Nr. 3, 38 II, 39 I Nr. 2 WpHG	687
3. Praxisrelevante Fallgruppen	689
a) Fiktive Geschäfte	689
b) Effektive Geschäfte	692
aa) Naked Short Selling	692
bb) Scalping	695
cc) Cornering the Market	697
dd) Wetten gegen den Kunden	700
ee) Window Dressing	701
C. Bilanzstrafrecht außerhalb der Krise (Momsen)	708
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	709
II. Bilanzstrafrecht i. e. S. und Insolvenzstrafrecht	710
III. Allgemeines	710
1. Der Ausgangspunkt – Das Bilanzrecht des HGB	710
2. Die Systematik des Bilanzstrafrechts außerhalb der Krise	712
3. Täterkreis/Das faktische Organ	713
IV. Unrichtige Darstellung und Verschleierung der Verhältnisse, Offenlegung und fal- scher Bilanzzeit – §§ 331 ff. HGB	713
1. Praktische Bedeutung und Wortlaut der Normen	713
2. Struktur der Vorschriften	715
a) Geschütztes Rechtsgut – Einwilligungsfreundlichkeit	715
b) Taugliche Täter	716
c) Anwendung des Handels- und Gesellschaftsrechts – Behandlung auslän- discher Gesellschaften	716
3. Tathandlungen	717
a) Überblick	717
b) Unrichtige Wiedergabe der Verhältnisse	718
c) Verschleierung	720
d) Offenlegung	720
e) Falscher Bilanzzeit	721
f) Vorsatz und Irrtum	721
g) Vollendung und Beendigung	722
h) Rechtswidrigkeit	722
i) Unterlassen	723
j) Konkurrenzen	723
V. Unrichtige Darstellung und Verschleierung – Spezialtatbestände	723
1. Gründungsschwindel – §§ 82 I GmbHG, 399 AktG	723
a) Die Regelungen	723
b) Geschütztes Rechtsgut und Einordnung	724
c) Taugliche Täter	725
d) Tatbestandsmäßige Handlungen	725
aa) § 82 I Nr. 1 GmbHG bzw. § 399 I Nr. 1 AktG	725
bb) § 82 I Nr. 2 GmbHG, § 399 I Nr. 2 AktG – „Sachgründungsschwin- del“	730
cc) § 82 I Nr. 3 und 4 GmbHG, § 399 I Nr. 4 AktG – „Kapitalerhöhungs- schwindel“	730
dd) § 82 I Nr. 5 GmbHG bzw. § 399 I Nr. 6 AktG – „Eignungsschwin- del“	731
ee) Falschangaben in öffentlichen Ankündigungen bei der Begebung von Aktien (Begebungsschwindel) – § 399 I Nr. 3 AktG	732
ff) Abwicklungsschwindel, § 399 I Nr. 5 AktG	732
gg) Kapitalherabsetzungsschwindel – § 82 II Nr. 1 GmbHG	733

Inhaltsverzeichnis

VI. Geschäftslagetäuschung – §§ 82 II Nr. 2 GmbHG, 400 AktG, 147 II GenG	733
1. Das Gesetz	733
2. Geschütztes Rechtsgut und Einordnung	734
3. Tatbestandsmäßige Handlungen	734
VII. Falsche Angaben gegenüber Prüfern	735
1. Allgemeines	735
2. Tauglicher Täter	736
3. § 331 Nr. 4 HGB	736
4. Die Paralleltatbestände aus dem AktG etc.	736
VIII. Die Verletzung der Berichtspflicht durch Wirtschaftsprüfer und ihre Gehilfen	737
1. Allgemeines	737
2. Taugliche Täter	737
3. § 332 HGB	738
4. Konkurrenzen	738
 7. Kapitel. Kartellrecht und Wettbewerbsschutz	739
1. Teil. Kartellrecht (<i>Wrede/Theurer/Prechtel/Schulz/Böse</i>)	739
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	742
II. Grundlagen des Wettbewerbsrechts	743
1. Das allgemeine Kartellverbot	743
a) Adressaten	745
b) Handlungsformen	745
c) Zweck oder Wirkung der Beschränkung	746
d) Rechtsfolgen	747
2. Praxisrelevante Konstellationen des Kartellverbots	747
a) Absprachen zwischen Wettbewerbern	747
aa) Preisabsprachen	747
bb) Quotenabsprachen	748
cc) Marktaufteilung	748
dd) Informationsaustausch	749
ee) Komplexe/mehrschichtige Kartelle	750
b) Liefer- und Vertriebsvereinbarungen	751
aa) Preisbindung	751
bb) Gebietsaufteilung und Kundenkreisbeschränkung	752
cc) Ausschließlichkeitsbindung	753
dd) Selektiver Vertrieb	753
3. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	754
a) Marktbeherrschung	754
b) Missbrauch	755
aa) Erzwingen unangemessener Preise oder Konditionen	755
bb) Kampfpreise	755
cc) Kopplung	756
dd) Preis-Kosten-Schere	756
ee) Exklusivbindungen und Rabatte	756
ff) Zugang zu wesentlichen Einrichtungen	756
gg) Diskriminierung	757
4. Boykott	757
III. Sanktionen	758
1. Grundsätze	758
a) Selbstbindung, Strafgleichheit und Verhältnismäßigkeit	758
b) Günstigerprüfung nach § 4 III OWiG	758
c) Täter und Sanktionsadressaten	758
aa) EU-Wettbewerbsrecht	759
bb) Deutsches Wettbewerbsrecht	760
d) Irrtümer, Rechtfertigung und „Schuld“	762
e) Verjährung	763
2. Bußgeldbemessung für Unternehmen und Unternehmensvereinigungen	763
a) Erste Stufe: Grundbetrag	763

Inhaltsverzeichnis

b) Zweite Stufe: Anpassung des Grundbetrages	764
aa) Abschreckungsmultiplikator und Gewinnabschöpfung	764
bb) Erschwerende Umstände	765
cc) Mildernde Umstände	765
c) Kappungsgrenze und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	767
d) Gerichtliche Kontrolle der Bußgeldentscheidungen	767
3. Zivilrechtliche Haftungsrisiken von Unternehmen	767
4. Sanktionsbemessung für natürliche Personen nach dem GWB	768
5. Strafrechtliche Sanktionen für natürliche Personen	768
6. Zivilrechtliche Haftungsrisiken für natürliche Personen	769
IV. Kartellverfahrensrecht	769
1. Anwendbares Kartellverfahrensrecht und Kartellbehörden	769
2. Auslöser von Kartellverfahren	770
a) Kronzeugenanträge	770
aa) Soll ein Kronzeugenantrag gestellt werden?	771
bb) Vorgehen beim Stellen eines Kronzeugenantrags	773
b) Beschwerden/Hinweise von Marktteilnehmern	774
c) Erkenntnisse aus anderen Verfahren und eigene Marktbeobachtung der Kartellbehörden	774
3. Ermittlungsbefugnisse der Kartellbehörden	775
a) Durchsuchungen und Beschlagnahmen	775
aa) Verfahrensrechtliche Anforderungen	775
bb) Gebotene Reaktion aus Unternehmenssicht	777
b) Vernehmungen	780
c) Auskunftsverlangen	780
d) Sektoruntersuchungen	781
4. Verteidigungsrechte der betroffenen Unternehmen und natürlichen Personen	781
a) Nemo tenetur-Grundsatz	782
aa) Nemo tenetur im europäischen Recht	782
bb) Nemo tenetur im deutschen Recht	782
b) Rechtsanwaltsprivileg – „Legal privilege“	783
aa) Voraussetzung des ausreichenden Verfahrensbezugs	783
bb) Voraussetzung der Unabhängigkeit des Rechtsanwalts – Rechtsanwaltsprivileg auch für Syndikusanwälte?	784
c) Rechtliches Gehör und Akteneinsicht	785
5. Vergleichs- oder „Settlement“-Verfahren	786
a) Anwendungsbereich und Verfahren	786
b) Abwägung aus Sicht der Betroffenen	788
6. Behördenentscheidung und Rechtsschutz	788
a) Kombinierte Feststellungs-/Abstellungs- und Bußgeldentscheidung	788
b) Andere Entscheidungen	788
c) Entscheidungsbegründung	789
d) Veröffentlichung der Entscheidung	789
e) Rechtsschutz	789
V. Grundlagen der Kartellrechts-Compliance	790
1. Wesen der Kartellrechts-Compliance	791
2. Rechtspflicht zur Kartellrechts-Compliance und Relevanz	791
3. Inhalt der Kartellrechts-Compliance	792
a) Risikoidentifikation, Kartellrechtsschulungen und kartellrechtliche Kommunikation	793
aa) Identifikation von Kartellrechtsrisiken	793
bb) Kartellrechtsschulungen	793
cc) Kommunikation zur kartellrechtlichen Compliance	794
b) Interne Kartellrechtsuntersuchungen (Aufklärung)	794
aa) Auslösende Ereignisse	795
bb) Zuständigkeit/Organisation	795
cc) Vorbereitung	795
dd) Untersuchungsmaßnahmen	796

Inhaltsverzeichnis

c) Reaktion auf festgestelltes Fehlverhalten	798
aa) Disziplinarmaßnahmen	798
bb) Strafprozessuale und zivilrechtliche Maßnahmen	798
cc) Organisatorische Defizite	799
dd) Amnestieregelung	799
VI. Die Geltung des Grundsatzes „ne bis in idem“ im europäischen Wettbewerbsrecht ...	800
1. Der Grundsatz „ne bis in idem“ auf Unionsebene (interne Geltung)	800
a) Identität der Tat	801
aa) Identität des Täters	801
bb) Identität des Sachverhalts und des geschützten Rechtsgutes	801
b) Verfahrensabschließende (Sach-)Entscheidung	802
2. Der Grundsatz „ne bis in idem“ im Verhältnis zwischen Union und Mitglied-	
staaten (vertikale Geltung)	802
3. Der Grundsatz „ne bis in idem“ im Verhältnis zwischen Union und Drittstaaten	
(externe Geltung)	804
2. Teil. Wettbewerbsschutz	806
A. Gewerblicher Rechtsschutz – UWG (Heghmanns)	806
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	807
II. Informationsweitergabe oder -nutzung durch eigene Mitarbeiter	809
1. Der Verrat durch Geheimnisträger (vor allem § 17 I UWG)	809
a) Tätergruppe: Beschäftigte Geheimnisträger	809
b) Tatobjekt Geheimnis	811
c) Tathandlung Mitteilen	813
d) Subjektive Elemente	813
e) Besonders schwere Fälle	814
f) Weitere Strafverfolgungsvoraussetzungen	814
g) Auslandstaten	815
2. Verrat durch innerbetriebliche Nichtgeheimnisbesitzer	815
3. Verwertung durch Mitarbeiter	816
4. Zusammentreffen mehrerer Tatalternativen	817
5. Taktische Hinweise	818
III. Spionage durch Außenstehende	819
1. Spionage	819
2. Verwertung	819
3. Taktische Hinweise	820
IV. Strafbare irreführende Werbung (§ 16 I UWG)	820
1. Sektorale Sonderregelungen außerhalb des UWG	820
2. Verbotsinhalt von § 16 I UWG	821
a) Überblick	821
b) Irreführendes Werben durch unwahre Angaben	822
c) Form der Werbung, Adressatenkreis	824
d) Tätermotivation	825
3. Weitere Strafverfolgungsvoraussetzungen	826
4. Taktische Hinweise	826
V. Progressive Kundenwerbung (§ 16 II UWG)	827
1. Anwendungsfeld der Strafvorschrift	827
2. Adressat und Geschäftsmäßigkeit der Werbung	828
3. Verbotene Methoden	829
4. Täterschaft, Vorsatz, Verbotskenntnis	830
5. Weitere Straftatbestände	831
6. Weitere Strafverfolgungsvoraussetzungen	831
7. Taktische Hinweise	831
B. Strafbare Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums (außerhalb des	
UWG) (Koch)	833
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	833
1. Internationaler Rechtsrahmen und europäische Harmonisierung	835
2. Praktische Bedeutung der Strafvorschriften	835

Inhaltsverzeichnis

II. Übersicht über die Strafvorschriften zum Schutz des geistigen Eigentums	837
1. Grunddelikte	837
a) Verbotstatbestände als Anknüpfung	837
b) Auslegung der Verbotstatbestände und Verfassungsmäßigkeit	840
c) Vorsatz	840
2. Qualifikation durch gewerbsmäßiges Handeln	841
3. Versuchsstrafbarkeit	842
4. Strafantragserfordernis	842
5. Einziehung	843
6. Anordnung der öffentlichen Bekanntmachung der Verurteilung	843

8. Kapitel. Insolvenzstrafrecht (*Rinjes*) 845

I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	851
1. Im Blickpunkt: Aktuelle Verfahren und Diskussion	851
2. Insolvenzen und Insolvenzstraftaten	851
a) Krise und Insolvenz	852
aa) Volkswirtschaftliche Dimension und Folgen von Insolvenzen	852
bb) Ziele der Insolvenzordnung und Reformbewegungen	852
cc) Arten von Insolvenzverfahren	854
b) Krise und Strafrecht	854
aa) Kriminologie und Spannungsfelder	854
bb) Schutzzweck und Rechtsgüter	855
cc) Systematik der Insolvenzdelikte	856
3. Grundbegriffe des Insolvenzstrafrechts	856
a) Bindungswirkungen der zivilrechtlichen Definitionen	857
b) (Drohende) Zahlungsunfähigkeit und Zahlungseinstellung	857
aa) Begriff und Feststellung der Zahlungsunfähigkeit	857
bb) Drohende Zahlungsunfähigkeit	859
cc) Zahlungseinstellung	860
c) Überschuldung	860
aa) Allgemeines zur Feststellung der Überschuldung	861
bb) Überschuldungsbegriffe	862
cc) Überschuldungsstatus	864
dd) Fortführungsprognose	865
d) Ordnungsgemäßes Wirtschaften	866
aa) Privates Wirtschaften	867
bb) Kaufmännisches Wirtschaften	867
cc) Feststellung nicht ordnungsgemäßen Wirtschaftens im Einzelfall	867
4. Besonderheiten des Insolvenzstrafrechts	868
a) Objektive Bedingungen der Strafbarkeit	868
aa) Die objektiven Strafbarkeitsbedingungen	868
bb) Zusammenhang von Bankrotthandlung und objektiver Strafbarkeits- bedingung	868
cc) Endzeitpunkt strafbarer Bankrotthandlungen	869
b) Strafrechtliche Verantwortlichkeit	869
aa) Sonderdeliktseigenschaft der Insolvenzstraftaten	869
bb) Erweiterung des Täterkreises durch Zurechnung	869
cc) Unternehmensbezogenes Handeln	873
II. Vermögensverschiebungen in Krise und Insolvenz	874
1. Allgemeines	874
a) Systematik	875
b) Deliktstypen	875
c) Geschützte Vermögensmassen	876
d) Täterkreis	877
e) Unternehmenskrise	877
f) Objektive Strafbarkeitsbedingung	878

Inhaltsverzeichnis

2. Vermögensverschiebungen des § 283 I StGB	878
a) Tathandlungen	878
aa) § 283 I Nr. 1 StGB	878
bb) § 283 I Nr. 2 StGB	880
cc) § 283 I Nr. 3 StGB	882
dd) § 283 I Nr. 4 StGB	884
ee) § 283 I Nr. 8 StGB	885
b) Herbeiführen der Krise, § 283 II StGB	886
c) Versuch, § 283 III StGB	886
d) Subjektiver Tatbestand	887
aa) Vorsatz	887
bb) Vorsatz- Fahrlässigkeitskombinationen, § 283 IV StGB	888
cc) Fahrlässigkeit, § 283 V StGB	889
e) Weitere Einzelheiten	889
aa) Vollendung, Beendigung und Verjährungsbeginn	889
bb) Strafraumen und Nebenfolgen	889
cc) Täterschaft und Teilnahme	890
dd) Abgrenzungsfragen und Konkurrenzen	890
3. Gläubigerbegünstigung, § 283 c StGB	891
a) Allgemeines	891
b) Tatbestand	892
aa) Gläubiger	892
bb) Sicherung und Befriedigung aus dem Vermögen des Schuldners	893
cc) Inkongruente Deckung	894
dd) Begünstigung	895
ee) Zahlungsunfähigkeit	895
ff) Subjektiver Tatbestand und Irrtum	896
c) Weitere Einzelheiten	896
aa) Vollendung/Verjährung/Nebenfolge	896
bb) Versuch	896
cc) Täterschaft und Teilnahme	896
dd) Konkurrenzen	896
4. Schuldnerbegünstigung, § 283 d StGB	897
a) Allgemeines	897
b) Tatbestand	897
aa) Tathandlungen	897
bb) Täterkreis	898
cc) Krise	898
dd) Subjektiver Tatbestand	898
c) Objektive Bedingung der Strafbarkeit, § 283 d IV StGB	898
d) Versuch	899
e) Täterschaft und Teilnahme	899
f) Besonders schwere Fälle, § 283 d III StGB, Nebenfolgen	899
g) Konkurrenzen	899
5. Besonders schwere Fälle	899
a) Besonders schwerer Fall des Bankrotts, § 283 a StGB	899
aa) Benannte schwere Fälle/Regelbeispiele	900
bb) Unbenannte schwere Fälle, § 283 a S. 1 StGB	901
cc) Täterschaft und Teilnahme	901
b) § 283 d III StGB	901
III. Buchführungs- und Bilanzdelikte	902
1. Allgemeines	902
a) Aufgabe und praktische Bedeutung	902
b) Täterkreis	902
aa) Kaufmannseigenschaft	902
bb) Buchführungspflicht	903
cc) Verpflichtete Personen	903
c) Systematik	904

Inhaltsverzeichnis

2. Tatbestände des § 283 StGB	904
a) Tathandlungen	905
aa) Nicht- oder nicht ordentliche Führung von Handelsbüchern, § 283 I Nr. 5 StGB	905
bb) Unterdrücken von Handelsbüchern u. a., § 283 I Nr. 6 StGB	907
cc) Verletzung der Bilanzierungs- und Inventarisierungspflicht, § 283 I Nr. 7 StGB	908
b) Krise	911
c) Objektive Strafbarkeitsbedingung	911
d) Herbeiführen der Krise, § 283 II StGB	911
e) Versuch, § 283 III StGB	912
f) Subjektiver Tatbestand	912
aa) Vorsatz	912
bb) Fahrlässigkeit	912
g) Weitere Einzelheiten	912
aa) Vollendung, Beendigung, Strafraumen und Verjährungsbeginn	912
bb) Täterschaft und Teilnahme, Nebenfolge	912
cc) Konkurrenzen	912
3. Verletzung der Buchführungspflicht, § 283 b StGB	913
a) Allgemeines	913
b) Tathandlungen	913
c) Subjektiver Tatbestand	914
d) Straflosigkeit des Versuchs	914
e) Objektive Strafbarkeitsbedingung und Zusammenhang zur Tathandlung	914
f) Vollendung, Verjährung, Konkurrenzen	915
IV. Insolvenzverschleppung	915
1. Allgemeines	915
a) Anwendungsbereich	915
b) Deliktscharakter	916
c) Rechtsgut	916
2. Tatbestandsvoraussetzungen	916
a) Antragspflicht	916
aa) Insolvenzreife	916
bb) Antragspflichtige Personen	916
cc) Beginn und Ende der Antragspflicht	918
b) Unterlassung der (rechtzeitigen und richtigen) Antragstellung	919
c) Subjektiver Tatbestand	919
aa) Vorsatzdelikt, § 15 a IV InsO	919
bb) Fahrlässigkeitsdelikt, § 15 a V InsO	920
3. Täterschaft und Teilnahme	920
4. Rechtswidrigkeit	920
5. Weitere Einzelheiten	921
a) Vollendung/Beendigung/Verjährung/Nebenfolgen	921
b) Nebenfolge § 6 GmbHG	921
c) Konkurrenzen	921
V. Vorenthalten von Arbeitsentgelt	921
1. Allgemeines	921
a) Bedeutung der Vorschrift für die Praxis	922
b) Rechtsgut	922
c) Täterkreis	923
aa) Arbeitgeberstellung	923
bb) Erweiterung des Arbeitgeberkreises über § 14 StGB und faktische Zu- rechnung	923
cc) Mehrere Verpflichtete	924
dd) Gleichgestellte Personen gem. § 266 a V StGB	924
d) Tatobjekte	924
2. Tatbestände des § 266 a StGB	926
a) Vorenthalten von Arbeitnehmerbeiträgen nach § 266 a I StGB	926

Inhaltsverzeichnis

aa) Tathandlung Vorenthalten	926
bb) Möglichkeit der Pflichterfüllung	927
b) Vorenthalten von Arbeitsentgelt gem. § 266 a II StGB	929
aa) Unrichtige oder unvollständige Angaben, § 266 a II Nr. 1 StGB	929
bb) Pflichtwidriges In-Unkenntnis-Lassen, § 266 a II Nr. 2 StGB	929
cc) Taterfolg Vorenthalten	930
c) Einbehalten von Arbeitsentgelt usw. gem. § 266 a III StGB	930
d) Subjektiver Tatbestand und Irrtümer	931
3. Täterschaft und Teilnahme	931
4. Rechtfertigungsgründe	931
5. Besonders schwere Fälle	932
a) Benannte besonders schwere Fälle	932
aa) Grob eigennütziges Vorenthalten in großem Ausmaß	932
bb) Verwenden unechter Belege	933
cc) Mithilfe durch Amtsträger	933
b) Unbenannte besonders schwere Fälle	933
6. Absehen von Strafe und Strafausschließung, § 266 a VI StGB	933
a) Absehen von Strafe, § 266 a VI 1 StGB	934
aa) Sachliche Voraussetzungen	934
bb) Formelle Voraussetzungen	934
cc) Entscheidung des Gerichts	934
b) Strafausschließungsgrund, § 266 a VI 2 StGB	934
c) Persönlicher Anwendungsbereich	935
7. Weitere Einzelheiten	935
a) Vollendung/Beendigung/Verjährung/Versuch	935
b) Strafzumessung und Nebenfolgen	935
c) Konkurrenzen	935
 9. Kapitel. Korruptionsbekämpfung	937
A. Korruptionsprävention (Zimmermann)	937
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	939
II. Korruptionsprävention als unternehmerische Aufgabe	940
III. Ausgestaltung und Implementierung eines unternehmensinternen Programms zur Korruptionsprävention	941
1. Standards	941
2. Elemente eines Präventionsprogramms	942
a) Organisation	942
b) Kodifizierung	943
aa) Regelungsbereiche	944
bb) Anwendungsbereiche	946
cc) Form der Kodifizierung	949
c) Kommunikation	950
aa) Interne Kommunikation	950
bb) Externe Kommunikation	951
d) Schulung	951
e) Kontrolle	952
aa) Präventive Kontrolle	952
bb) Reaktive Kontrollen	957
f) Sanktionen	961
3. Einbettung des Korruptionspräventionsprogramms in ein allgemeines Com- pliance- und Ethikprogramm	962
IV. Schlussbemerkungen	963
 B. Korruption – Strafrecht, Zivilrecht, Steuerrecht, Vergaberecht (Grützner/Behr)	964
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	972
II. Allgemeines	973
1. Begriff der Korruption	973

Inhaltsverzeichnis

2. Ausmaß von Korruption – Studien und Statistiken	974
a) Studien und Statistiken über Korruption in Deutschland	974
aa) Polizeiliche Kriminalstatistik	975
bb) Strafverfolgungsstatistik der Justiz	975
cc) Bundeslagebild Korruption des Bundeskriminalamts	975
dd) Studie von PricewaterhouseCoopers und der Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg – Wirtschaftskriminalität 2011	976
b) Korruption im internationalen Vergleich	976
aa) Studie zur Korruption innerhalb des staatlichen Bereichs der EU-Mitgliedstaaten	977
bb) Corruption Perception Index von Transparency International (CPI)	977
cc) Bribe Payers Index von Transparency International (BPI 2011)	978
dd) Globales Korruptionsbarometer 2010 von Transparency International (GCB 2010)	978
c) Fazit	979
3. Schäden durch Korruption	979
a) Materielle Schäden	980
b) Immaterielle Schäden	980
III. Materielles Strafrecht	981
1. Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 I und II StGB)	981
a) Einleitung/Systematik	981
b) Objektiver Tatbestand	982
aa) Täter	982
bb) Bestochene Person	982
cc) Geschäftlicher Betrieb	984
dd) Vorteil	985
ee) Empfänger des Vorteils	985
ff) Im geschäftlichen Verkehr	986
gg) Tathandlungen	986
hh) Als Gegenleistung für eine unlautere Bevorzugung (Unrechtsvereinbarung)	987
ii) Erweiterung des Anwendungsbereichs durch § 299 III StGB auf den ausländischen Wettbewerb/Auslandstaten	989
c) Subjektiver Tatbestand	989
d) Rechtswidrigkeit	990
e) Vollendung – Beendigung	990
f) Versuch	991
g) Auslandstaten	991
h) Rechtsfolgen/Verfahren/Strafantrag (§ 301 StGB)	991
aa) Rechtsfolgen/Verfahren	991
bb) Strafantrag (§ 301 StGB)	992
i) Strafzumessung	992
j) Ausblick	993
2. Korruption im Zusammenhang mit Amtsträgern (§§ 331 bis 338 StGB)	993
a) Vorteilsannahme (§ 331 StGB)/Vorteilsgewährung (§ 333 StGB)	994
aa) Täterkreis	994
bb) Tathandlungen der § 331 StGB und § 333 StGB	995
cc) Vorteilsannahme bzw. -gewährung für die Dienstausbübung	996
dd) Vorteil	997
ee) Vorliegen einer Unrechtsvereinbarung	1000
ff) Relevanter Zeitpunkt der Tathandlung	1002
gg) Einschränkungen bei sozialadäquatem Verhalten	1002
hh) Vorteile für Richter oder Schiedsrichter	1003
ii) Subjektiver Tatbestand	1004
jj) Vollendungsstrafbarkeit; Beendigungszeitpunkt; Versuchsstrafbarkeit	1004
kk) Genehmigung (§ 331 III StGB/§ 333 III StGB)	1004

Inhaltsverzeichnis

ll) Rechtsfolgen der §§ 331, 333 StGB/Verfahren	1006
mm) Teilnehmerstrafbarkeit	1006
b) Bestechlichkeit (§ 332 StGB)/Bestechung (§ 334 StGB)	1006
aa) Persönlicher Anwendungsbereich	1007
bb) Tathandlung/konkrete Diensthandlung	1007
cc) Vorteil (§§ 332, 334 StGB)/Unrechtsvereinbarung	1009
dd) Subjektiver Tatbestand	1009
ee) Rechtsfolgen/Verfahren/Vollendungsstrafbarkeit/Beendigungs- zeitpunkt/Teilnehmerstrafbarkeit	1010
c) Besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung	1011
aa) Vorteil großen Ausmaßes (§ 335 II Nr. 1 StGB)	1011
bb) Annahme „fortgesetzter Vorteile“ (§ 335 II Nr. 2 StGB)	1011
cc) Gewerbsmäßigkeit/bandenmäßige Begehung (§ 335 II Nr. 2 StGB)	1012
3. Praxisprobleme	1012
a) Betriebsinhaber	1012
aa) „Betriebsinhaber“ (§ 299 StGB)	1013
bb) „Geschäftlicher Betrieb“ (§ 299 StGB)	1013
cc) Anwendung der beschriebenen Erkenntnisse auf praxisrelevante Kons- tellationen	1014
b) Dritt Vorteile (§ 299 StGB)	1015
aa) Mittelbarer Vorteil des Angestellten oder Beauftragten?	1015
bb) „Betriebsinhaber“ und geschäftlicher Betrieb als Dritter	1016
cc) Direkte Zuwendungen gegenüber dem Dritten als Bestechung (§ 299 II StGB)?	1019
c) Zulässige Vorteile (§§ 299, 331 ff. StGB)?	1019
aa) Vorteil i. S. d. Korruptionsdelikte	1019
bb) Sozialadäquanz eines Vorteils?	1020
cc) Kriterien für die Bewertung von Einladungen, Bewirtungen oder Ge- schenken	1022
dd) Hilfestellungen durch Initiativen unter Einbeziehung von Bundesminis- terien	1023
d) Umgang mit dauerhaften Geschäftsbeziehungen (§ 299 StGB)	1025
e) Kundenbindungs- und Bonusprogramme	1026
aa) Strafrechtliche Risiken der Mitarbeiter von Bonusprogrammanbietern ...	1027
bb) Rechtliche Risiken teilnehmender Mitarbeiter von Unternehmen	1028
f) Einsatz von Mittelsmännern (wie z. B. Vertriebsmittlern, Beratern oder Joint Ventures)	1030
aa) Umgang mit Vertriebsmittlern, Beratern oder Joint Venture-Partnern ...	1031
bb) Strafrechtliche Probleme im Umgang mit Vertriebsmittlern, Beratern oder Joint Ventures	1032
g) Strafbarkeit von Beschleunigungszahlungen (Facilitation Payments) nach deutschem Recht?	1032
h) Parteispenden	1035
i) Auslandssachverhalte	1037
aa) Bestechung/Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB)	1037
bb) Bestechung internationaler Amtsträger (EUBestG/IntBestG)	1041
j) Rechtsfolgen für Unternehmen und Unternehmensleitung	1045
aa) Rechtsfolgen für Unternehmen	1045
bb) Rechtsfolgen für die Unternehmensleitung	1046
k) Verjährung von Korruptionsdelikten	1047
4. Weitere relevante Tatbestände	1049
a) Betrug (§ 263 StGB)	1049
b) Untreue (§ 266 StGB)	1049
c) Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB) ...	1050
d) Abgeordnetenbestechung (§ 108 e StGB)	1051
5. Gesetzesinitiative/Geäußerte Kritik an der Rechtslage in Deutschland	1052
a) Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Korruption/Strafrechtsänderungsgesetz (2007)	1052

Inhaltsverzeichnis

b) Evaluierung der deutschen Rechtslage durch die OECD (2011)	1054
c) Evaluierung der deutschen Rechtslage durch GRECO (2009)	1056
d) Der EU Anti-Korruptionsbericht (EU Anti-Corruption Report)	1057
IV. Zivilrechtliche Folgen von Korruption	1058
1. Vorbemerkung	1058
2. Verhältnis zwischen Bestechendem und Bestochenem	1059
a) Nichtigkeit der Schmiergeldvereinbarung	1059
b) Folgen der Nichtigkeit der Schmiergeldvereinbarung	1060
3. Verhältnis zwischen den Vertragspartnern	1061
a) Nichtigkeit des Folge- bzw. Hauptvertrags?	1061
b) Rückabwicklung des Hauptvertrages	1065
aa) Ansprüche des Unternehmens des Bestochenen	1065
bb) Kein Rückforderungsanspruch des Unternehmens des Bestechenden? ..	1065
cc) Fazit	1067
c) Schadensersatzansprüche	1067
aa) Quasi-vertragliche Ansprüche	1067
bb) Deliktsrecht	1069
4. Verhältnis zwischen Arbeitgeber und bestochenem Mitarbeiter	1071
a) Herausgabeanspruch	1071
aa) Anspruchsgrundlage	1071
bb) Anwendungsbereich des Herausgabeanspruchs	1072
cc) Ausschluss des Herausgabeanspruchs	1072
dd) Nachweis des Anspruchsumfangs	1072
b) Schadensersatzanspruch gegen den Mitarbeiter	1074
aa) Arbeitsvertragliche Haftung	1074
bb) Organschaftliche Haftung	1076
cc) Deliktische Ansprüche	1076
c) Verhältnis des Herausgabeanspruchs zu dem Schadensersatzanspruch	1076
5. Verhältnis zwischen dem Unternehmen des Bestochenen und dem Beste-	
chenden	1077
6. Ansprüche des Unternehmens des Bestechenden gegenüber eigenen Mitarbei-	
tern oder Organwaltern	1077
a) Schadensersatzansprüche gegen den Bestechenden	1077
aa) Arbeitsvertragliche Haftung	1077
bb) Organschaftliche Haftung	1078
cc) Deliktische Haftung	1079
b) Schadensersatzansprüche wegen Organisationsverschuldens	1079
7. Schadensersatzansprüche von Wettbewerbern	1079
a) § 9 S. 1 UWG	1080
b) § 823 II BGB i. V. m. § 299 StGB sowie § 826 BGB	1082
8. Aufklärungs- und Auskunftspflichten im Falle von Schmiergeldzahlungen	1082
a) Aufklärungspflicht	1082
aa) Allgemeines	1082
bb) Grundlage einer zivilrechtlichen Aufklärungspflicht	1083
cc) Voraussetzungen einer Aufklärungspflicht aus dem Grundsatz von Treu	
und Glauben	1083
dd) Entfallen der Aufklärungspflicht bei zurechenbarer Kenntnis	1085
ee) Fazit	1085
b) Auskunftspflicht	1086
aa) Allgemeines	1086
bb) Rechtliche Grundlagen von Auskunftsansprüchen	1086
9. Sonderfall: Einschaltung von Vertriebsmittlern	1089
a) Verdachtsmomente	1089
b) Nachweis von Korruption in staatlichen und Schiedsverfahren gegen Ver-	
triebsvermittler	1090
c) Rechtsfolgen	1092
aa) Nichtigkeit einer Provisionsvereinbarung	1092
bb) Ausschluss von Zahlung und Rückforderung infolge der Nichtigkeit	1092

Inhaltsverzeichnis

cc) Abwehr von Provisionszahlungsansprüchen	1092
dd) Schadensersatzanspruch gegen den Vermittler	1093
V. Steuerrecht	1093
1. Allgemeines	1093
2. Mittel des Steuerrechts zur Korruptionsprävention	1093
a) Abzugsverbot von Schmiergeldzahlungen	1093
b) Steuerpflichtigkeit von Schmiergeldempfängen aufseiten des Vorteilsnehmers ..	1095
c) Mitteilungspflichten	1096
VI. Vergaberecht	1097
1. Allgemeines	1097
2. Korruption oberhalb der gemeinschaftlichen Schwellenwerte	1097
a) Korruptes Handeln in Bezug auf das Vergabeverfahren	1097
aa) Korruption vor und während des Vergabeverfahrens	1098
bb) Korruption nach Auftragsvergabe	1098
b) Unzulässige Umgehung des Vergabeverfahrens	1098
3. Korruption unterhalb der gemeinschaftsrechtlichen Schwellenwerte	1099
4. Vergaberechtliche Rechtsfolgen einer Manipulation des Vergabeverfahrens	1099
a) Obligatorischer und fakultativer Ausschluss aus dem Vergabeverfahren	1099
aa) Obligatorischer Ausschluss	1099
bb) Fakultativer Ausschluss	1099
cc) Maßnahmen zur Selbstreinigung	1100
b) Auftragssperre	1101
c) Eintrag in Korruptions- bzw. Vergaberegister	1102
5. Zivilrechtliche Rechtsfolgen einer Umgehung des Vergaberechts	1102
6. Mittel zur Korruptionsprävention im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe ...	1102
a) Public Corporate Governance Kodex	1102
b) Integritätspakt	1103
C. Korruption im Gesundheitswesen (Krieger)	1104
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1104
II. Anwendbare Straftatbestände und sonstiges Recht	1105
III. Einzelne Erscheinungsformen	1105
1. Drittmiteleinwerbung	1105
2. Pharma-Marketing	1106
3. Einweisungsentgelt	1108
4. Anwendungsbeobachtungen	1108
IV. Berufs- und Standes- bzw. Beamten- und Disziplinarrecht	1110
V. Ausblick (zur sog. Vertragsarztuntreue) und Reform	1110
D. Sponsoring und Strafrecht – Ein Überblick anhand von Beispielen (Voigtel)	1112
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1113
II. Beispiele	1115
1. Sponsoring und Untreue – BGHSt 47, 187	1115
2. Drittmittelforschung, insbesondere „Pharmasponsoring“	1117
3. Einladungssponsoring – Der Fall EnBW	1119
4. Schulfotografie – Sponsoring und Bestechung von Amtsträgern	1121
5. Fußballsponsoring und Akquise – Sponsoring und Bestechung im geschäftlichen Verkehr	1123
III. Fazit	1124
E. Der US-amerikanische Foreign Corrupt Practices Act – FCPA (Yannett/Schürle)	1126
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1127
II. Hintergrund zur Entstehung des FCPA	1128
III. Die Bestimmungen des FCPA	1130
1. Antikorruptionsbestimmungen	1131
a) Wer unterliegt den Antikorruptionsbestimmungen?	1132
b) Wer ist ausländischer Amtsträger?	1133
c) „Korruptiv“	1135
d) „Geschäfte erwerben oder erhalten“	1136

Inhaltsverzeichnis

2. Befreiungen und Ausnahmen von Antikorruptionsbestimmungen	1136
a) Befreiungstatbestände: Beschleunigungszahlungen	1136
b) Ausnahmen	1137
aa) „Erlaubnis durch lokale Gesetze“	1137
bb) „Angemessene und echte Aufwendungen“	1138
3. Rechnungslegungs- und interne Kontrollbestimmungen	1140
a) Erfordernisse der Rechnungslegungs- und internen Kontrollbestimmungen	1140
b) Haftung nach den Rechnungslegungs- und internen Kontrollbestimmungen	1141
4. Bußgelder, Sanktionen und Strafen	1142
a) Strafrechtliche Folgen	1142
b) Zivilrechtliche Folgen	1143
c) Erhebliche Gefängnis- und Geldstrafen möglich	1143
d) Nebenfolgen bei FCPA-Verstößen	1146
IV. Anwendung des FCPA durch US-Ermittlungsbehörden	1148
1. Zunahme von FCPA Ermittlungen und Bußgeldern	1148
2. Beispiel Siemens	1148
a) Hintergrund und Überblick über die Ermittlungsverfahren	1148
b) Einigung mit Behörden	1149
c) Kosten der Aufklärung und Abhilfe	1151
d) Internationale Kooperation zwischen Ermittlungsbehörden	1151
3. Beispiel KBR/Halliburton und Joint Venture Partner im Bonny Island Nigeria Geschäft	1152
a) Einigung von KBR/Halliburton mit SEC und DoJ	1152
b) Strafverfolgung der restlichen Joint Venture Partner	1153
c) Persönliche Haftung	1154
aa) Albert Stanley	1154
bb) Jeffrey Tesler und Wojciech Chodan	1154
V. Internationale Antikorruptionsbemühungen	1155
VI. Vermeidung von Verstößen gegen Antikorruptionsvorschriften	1156
VII. Abschließende Bemerkungen	1157
F. UK Bribery Act 2010 (Grützner/Behr)	1159
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1159
II. Neue Straftatbestände im Bribery Act	1160
1. Bestechung und Bestechlichkeit	1160
a) Aktive Bestechung (§ 1 UKBA)	1160
b) Passive Bestechung (§ 2 UKBA)	1161
2. Bestechung ausländischer Amtsträger (§ 6 UKBA)	1162
3. Strafbarkeit von Unternehmen nach dem Bribery Act	1162
a) Strafbarkeit von Unternehmen wegen der Bestechungsstraftaten in den §§ 1, 2 und 6 UKBA	1162
b) Strafbarkeit von Unternehmen und Unternehmensleiter gemäß § 14 UKBA	1163
c) Unterlassene Verhinderung von Bestechungsstraftaten (§ 7 UKBA)	1163
aa) Der Straftatbestand des § 7 UKBA	1163
bb) Die Möglichkeit der Exkulpation gemäß § 7 II UKBA	1164
III. Maßnahmen zur Verhinderung von Korruption (§ 7 II UKBA)	1164
1. Angemessene Maßnahmen (Proportionate procedures)	1165
2. Verpflichtung der Führungsebene (Top-level Commitment)	1165
3. Risikobewertung (Risk Assessment)	1165
4. Sorgfältige Auswahl und Überwachung (Due Diligence)	1166
5. Kommunikation (Communication)	1166
6. Überwachung und Überprüfung (Monitoring and Review)	1167
IV. Extra-territoriale Geltung des Bribery Act	1167
V. Mögliche Strafen und andere Folgen	1167
G. Korruptionsbekämpfung im internationalen Überblick (Grützner/Behr)	1168

Inhaltsverzeichnis

10. Kapitel. Wirtschaftsstrafrecht in Sondergebieten	1201
A. Arbeitsstrafrecht (Meyer)	1201
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1202
II. Grundstrukturen des Arbeitsstrafrechts	1204
III. Die Begründung des Arbeitsverhältnisses	1209
1. Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft, § 233 StGB	1209
2. Wucher, § 291 StGB	1210
3. Illegale Beschäftigung	1212
a) Illegale Ausländerbeschäftigung	1213
b) Verstöße gegen das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz	1217
4. Illegale Arbeitnehmerüberlassung	1221
IV. Die Durchführung des Arbeitsverhältnisses	1227
1. Sozialversicherungsrechtliche Abgabepflichten und Arbeitsförderung	1227
a) Vorenthalten von Sozialversicherungsabgaben	1227
b) Beitragsbetrug	1237
c) Kurzarbeitergeld	1238
2. Gewährleistung gesetzlicher und tariflicher Arbeitsbedingungen	1241
a) Arbeitsschutz	1241
b) Arbeitszeit	1242
c) Arbeitnehmerentsendung und zwingende Arbeitsbedingungen	1244
3. Einflussnahme auf den Betriebsrat	1246
B. Arznei- und Lebensmittelstrafrecht (Krüger)	1249
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1251
1. Vorschlag eines Produktstrafrechts	1251
2. Europäisierung des Arznei- und Lebensmittelstrafrechts	1252
3. Abgrenzung von Arznei- und Lebensmitteln	1252
a) Praktische Bedeutung der Abgrenzung	1252
b) Kriterien des Arzneimittelbegriffs	1252
c) Praktisches Vorgehen bei Rechtsunsicherheiten	1253
II. Arzneimittelstrafrecht	1254
1. Begriff und Rechtsquellen des Arzneimittelstrafrechts	1254
2. Strafvorschriften aus dem Kernstrafrecht	1254
a) Abrechnungsbetrug	1254
aa) Sozialversicherungsrechtlicher Ausgangspunkt	1255
bb) Verfassungsgerichtlicher Hintergrund	1255
cc) Fallgruppen zum Abrechnungsbetrug	1257
b) Vertragsarztuntreue	1261
3. Strafvorschriften des Arzneimittelgesetzes	1262
a) Allgemeines	1262
b) Doping im Sport	1262
aa) Begrifflichkeiten und Rechtsquellen zum Doping	1262
bb) Doping im Kernstrafrecht	1263
cc) Dopingverbote gemäß §§ 6 a, 95 I Nrn. 2 a und 2 b AMG	1263
III. Lebensmittelstrafrecht	1270
1. Strafvorschriften des allgemeinen Strafrechts	1271
2. Strafvorschriften aus dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch	1272
a) Allgemeines	1272
b) Gesundheitsschutz	1272
c) Täuschungsschutz	1273
3. Berufsverbot (§ 70 StGB)	1273
C. Außenwirtschaftsstrafrecht (Meyer)	1274
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1275
II. Grundzüge des Außenwirtschaftsrechts	1277
III. Außenwirtschaftsstrafrecht	1279
1. Straftaten	1280
a) § 34 I AWG	1281

Inhaltsverzeichnis

b) § 34 II AWG	1282
c) § 34 III AWG	1284
d) § 34 IV AWG	1284
e) Täterschaft, Teilnahme- und Versuchsstrafbarkeit	1289
f) Qualifikationen	1290
g) Vorsatz und Irrtümer	1291
h) Fahrlässigkeit, § 34 VII AWG	1292
i) Räumlicher und zeitlicher Geltungsbereich	1292
2. Ordnungswidrigkeiten	1294
3. Konkurrenzen	1294
4. Strafzumessung	1295
5. Nebenfolgen	1295
IV. Compliance	1296
D. Kriegswaffenkontrollrecht (Heinrich)	1298
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1299
1. Im Blickpunkt – aktuelle Verfahren und Diskussion	1299
2. Einleitende Bemerkungen	1300
II. Der Begriff der Kriegswaffe	1303
1. Enumerative Auflistung in der Kriegswaffenliste	1303
2. Vollständigkeit und Funktionsfähigkeit	1304
3. Die Kriegswaffeneigenschaft von Bausätzen	1306
4. Vorsatz und Irrtumsfragen	1307
III. Die Genehmigung im Kriegswaffenrecht	1308
1. Freistellung von der Genehmigungspflicht	1308
2. Die Genehmigung als (negatives) Tatbestandsmerkmal	1310
3. Genehmigungsfähiges, aber nicht genehmigtes Verhalten	1311
4. Die ersichliche Genehmigung	1311
IV. Strafvorschriften gegen Atomwaffen	1312
V. Strafvorschriften gegen biologische und chemische Waffen	1315
VI. Strafvorschriften gegen Antipersonenminen und Streumunition	1316
VII. Strafvorschriften gegen konventionelle Kriegswaffen	1317
1. Herstellen (§ 22a I Nr. 1 KWKG)	1318
2. Erwerben und Überlassen (§ 22a I Nr. 2 KWKG)	1318
3. Befördern (§ 22a I Nr. 3 KWKG)	1319
4. Einführen, Ausführen, Durchführen (§ 22a I Nr. 4 KWKG)	1320
5. Befördern mit deutschen Seeschiffen oder Luftfahrzeugen (§ 22a I Nr. 5 KWKG)	1322
6. Ausüben der tatsächlichen Gewalt (§ 22a I Nr. 6 KWKG)	1323
7. Vermitteln eines Vertrages (§ 22a I Nr. 7 KWKG)	1324
8. Besonders schwere und minder schwere Fälle (§ 22a II, III KWKG)	1326
9. Fahrlässigkeitsstrafbarkeit (§ 22a IV KWKG)	1327
10. Persönlicher Strafaufhebungsgrund (§ 22a V KWKG)	1327
VIII. Ordnungswidrigkeiten	1327
IX. Konkurrenzen/Strafzumessung	1328
E. Produkthaftung und Strafrecht – Strafrechtliche Haftung für Betriebsunfälle und Schäden beim Bau (Voigtel)	1330
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1332
II. Einführung in das „Produktstrafrecht“	1334
III. Kernfälle und Kernprobleme	1336
1. Sorgfaltsmaßstäbe	1336
a) Möglicher Vorsatzvorwurf	1338
b) Fahrlässigkeitsvorwürfe: Allgemeines	1338
c) Ausgangspunkt: Zivilrechtliche Sorgfaltsmaßstäbe	1339
d) Konsequenzen für strafrechtliche Sorgfaltspflichten	1342
e) Sorgfaltspflichten und vorangegangenes Tun	1344
f) Sorgfaltspflichten im Verhältnis zu Normen und Genehmigungen	1345

Inhaltsverzeichnis

2. Verantwortlichkeit mehrerer Personen auf derselben und unterschiedlichen Ebenen	1346
a) Zur Individualisierung Verantwortlicher – „Unternehmensbezogene Sichtweise“	1347
b) Zum Vertrauensgrundsatz	1349
c) Sonderfall: Zur Entscheidung durch Gremien	1351
d) Zum Verhältnis zur eigenen Verantwortung des Verbrauchers bzw. Nutzers	1352
3. Feststellung der konkreten Verursachung – Kausalitätsfragen	1354
a) Kausalität im engeren Sinn	1355
b) Konkretisierung von Geschädigten	1356
c) „Kausalität“ des unterlassenen Rückrufs	1357
4. Zeitlicher Ablauf der Schadensentwicklung – Verjährung	1358
IV. Strafrechtliche Gefährdungstatbestände und ausgewählte Ordnungswidrigkeiten	1360
V. Prozessuale Besonderheiten und Hinweise	1364
1. Zum Umgang mit Sachverständigen	1364
2. Zu einvernehmlichen Verfahrenserledigungen	1366
F. Umweltstrafrecht (Ventura-Heinrich)	1368
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1369
II. Allgemeine Probleme des Umweltstrafrechts	1370
1. Kriminalstatistik	1370
2. Verantwortlichkeit von Organen einer juristischen Person	1370
3. Rechtsgut und Systematik der §§ 324 ff. StGB	1371
a) Deliktsnatur	1372
b) Strafrechtliche Anknüpfungspunkte	1372
c) Verwaltungsakzessorietät	1373
4. Probleme im Zusammenhang mit dem Allgemeinen Teil	1375
a) Irrtumsproblematik	1375
b) Täterschaft und Teilnahme	1376
aa) Allgemeindelikte und Sonderdelikte	1376
bb) Strafbarkeit von Amtsträgern	1376
cc) Strafbarkeit von juristischen Personen	1378
c) Rechtfertigung	1379
d) Unterlassen	1379
e) Tätige Reue	1379
III. Einzelne Umweltsdelikte	1379
1. Gewässerverunreinigung, § 324 StGB	1379
2. Bodenverunreinigung, § 324 a StGB	1380
3. Luftverunreinigung, § 325 StGB	1381
4. Verursachen von Lärm, Erschütterungen und nichtionisierenden Strahlen, § 325 a StGB	1381
5. Unerlaubter Umgang mit Abfällen, § 326 StGB	1382
6. Unerlaubter Umgang mit radioaktiven Stoffen und anderen gefährlichen Stoffen und Gütern, § 328 StGB	1383
7. Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete, § 329 StGB	1384
IV. Strafprozessuale Hinweise	1384
Stichwortverzeichnis	1385

beck-shop.de